

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Siebenundfünfzigste öffentliche Sitzung

Nr. 57

Donnerstag, den 26. Februar 1948

II. Band

	Seite
Geschäftliches	938, 939, 957
Erklärung des Ministerpräsidenten zur Umbe- setzung des Staatsministeriums für Ernäh- rung, Landwirtschaft und Forsten.	
Redner:	
Ministerpräsident Dr. Ehard	938
Stoß (SPD)	938
Vereidigung des neuernannten Staatsministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Dr. Alois Schlögl	938
Bekanntgabe von Beschlüssen des Senats zu den Gesetzen:	
a) zur Abänderung des Gesetzes Nr. 71 zur beschleunigten Aburteilung von Wirt- schaftsvergehen und Wirtschaftsverbrechen (Beilage 1021);	
b) über die Vergütung von Lohnausfällen der Arbeitnehmer bei Betriebseinschrän- kungen und -stillegungen wegen Mangels an Strom, Gas und Kohle (Beilage 1022);	
c) über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Bei- lage 1023);	
d) über die Wahl der Gemeinderäte und Bürgermeister — Gemeindevahlgesetz — (Beilage 1122);	
e) über die Wahl der Kreistage und Land- räte — Landkreiwahlgesetz — (Beilage 1123)	938—939
Änderungen zu dem in der Sitzung vom 20. Fe- bruar 1948 beschlossenen Gemeindevahl- und Landkreiwahlgesetz	939
Geschäftliche Behandlung der Eingaben des Städteverbandes zum Gemeindevahl- und Landkreiwahlgesetz	939
(Gegenstand wird für erledigt erklärt.)	
Bekanntgabe eines AnerkennungsSchrei- bens des Direktors der Militärregierung für Bayern über die neuen Kreis- und Ge- meindevahlgesetze	939
Bemerkungen zur Anberaumung der nächsten Vollsitzung.	
Redner:	
Dr. Hundhammer (CSU)	939
Stoß (SPD)	939
Ersatzwahl für den Wirtschaftsrat in Frankfurt an Stelle des von der Militärregierung nicht genehmigten Dr. Semler.	

	Seite
Redner:	
Ministerpräsident Dr. Ehard	940, 941
Dr. Hundhammer (CSU)	940
Stoß (SPD)	940—941
Dr. von Britzow und Gaffron (CSU)	941—942
Mündliche Berichte des Ausschusses für Sozial- politik zu den Anträgen der Abgeordneten	
a) Dr. Linnert und Genossen betreffend Aufhebung der Verordnung Nr. 66 des Arbeitsministeriums vom 6. Juli 1946 zur Sicherstellung der ärztlichen Versor- gung der von der Sozialversicherung be- reiteten Personen (Beilage 1110).	
Redner:	
Dr. Linnert (SPD) [Berichterstatter]	942—943
b) Stoß und Genossen betreffend Wieder- inkraftsetzung der Reichsversicherungsord- nung über die Fürsorgepflicht (Beilage 1111).	
Redner:	
Hauck Georg (CSU) [Berichterstatter]	943
Mündliche Berichte des Ausschusses für Land- wirtschaft und Ernährung zu den Anträgen der Abgeordneten	
a) Brunner und Dr. Linnert betreffend Vorkehrungen zur Verhinderung der Ver- raubung der frisch gelegten Pflanzkartof- feln im Frühjahr (Beilage 1107).	
Redner:	
Brunner (SPD) [Berichterstatter]	943—944
b) Dr. Hundhammer und Genossen und Stoß und Genossen betreffend Verwen- dung der zur Rodung geeigneten Flächen der Innauen von Niederaudorf bis Ro- senheim für landwirtschaftliche Zwecke (Beilage 1105).	
Redner:	
Braun (CSU) [Berichterstatter]	945—946
c) Riene und Genossen betreffend Förde- rung und Steigerung des Gemüsebaues (Beilage 1108).	
Redner:	
Riene (SPD) [Berichterstatter]	946
d) Piechl und Genossen betreffend Auf- hebung des Bierstundverbots (Beilage 1106).	

Seite

Redner:

Biehl (CSU) [Berichterstatter]	946—947
Biehl (CSU)	947—948

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums des Innern (Beilage 874) mit den einschlägigen Regierungsvorlagen und Anträgen — Fortsetzung der Beratung.

Redner:

Dr. Beck (SPD)	948—950
Kurz (CSU)	950—951
Staatssekretär Jaenicke	951—957

Festsetzung der Zeit und Tagesordnung für die nächste Sitzung 957

(Die Sitzung wird vertagt.)

Die im Sitzungsaal des Oberfinanzpräsidiums stattfindende Sitzung wird um 15 Uhr 21 Minuten durch den I. Vizepräsidenten Hagen Georg eröffnet.

I. Vizepräsident: Ich eröffne die 57. öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeordneten: Anetseder, Deku, Fischer Wilhelm, Dr. Gromer, Höllerer, Hofer, Dr. Huber, Körner, Dr. Laforet, Mack Georg, Miehl, Nirschl, Pabstmann, Pittroff, Roiger, Roith, Sauer, Zeislein und Ziegler.

Anderweitig entschuldigt sind die Abgeordneten: Dr. Dehler, Fichtner, Huth, Meyer Ludwig, Stiller, Strasser, Dr. Vogtherr und Ziesch.

Ich gebe das Wort dem Herrn Ministerpräsidenten zu einer Erklärung der Staatsregierung.

Ministerpräsident Dr. Chard: Verehrte Frauen und Männer des Bayerischen Landtags! An Stelle des ausgeschiedenen Staatsministers Dr. Baumgartner beabsichtige ich, an die Spitze des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als Staatsminister das Mitglied dieses Hauses Herrn Dr. Alois Schögl zu berufen. Diese Berufung bedarf nach Art. 45 der Verfassung der Zustimmung des Bayerischen Landtags.

Ich bitte Sie, verehrte Frauen und Männer, um diese Zustimmung und bitte Sie, Herr Präsident, die Entschliebung des hohen Hauses darüber herbeizuführen. Falls die Zustimmung erteilt wird, bitte ich, den neuen Staatsminister nach Art. 56 der Verfassung zu vereidigen.

(Stock: Ich bitte ums Wort zu einer Erklärung.)

I. Vizepräsident: Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Stock.

Stock (SPD): Meine Damen und Herren! Die sozialdemokratische Fraktion erlaubt sich, zu dem Vorschlag des Herrn Ministerpräsidenten folgende Erklärung abzugeben.

Die sozialdemokratische Fraktion steht in Opposition. Sie hat zu der gegenwärtigen CSU-Regierung kein Vertrauen. Die Politik und das Verfagen der Regierung während der letzten Monate beweist, daß dieses Mißtrauen völlig berechtigt ist. Nach zehn Wochen des Zögerns hat sich nunmehr die Regierung dazu durchgerungen, den Posten des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erneut zu

befügen. Sie schlägt dafür das Mitglied dieses Hauses, Herrn Abgeordneten Dr. Schögl, vor.

Die sozialdemokratische Fraktion stimmt grundsätzlich gegen jeden Minister dieser Regierung. Herr Dr. Schögl ist uns aber als Mann von fortschrittlicher und sozialer Gesinnung bekannt, der bisher energisch Kritik an dem Verfagen der Verwaltungsbürokratie geübt hat. Meine Fraktion wird daher in diesem Falle von ihrer grundsätzlichen Haltung abweichen und wird sich bei der Wahl des Herrn Dr. Schögl der Stimme enthalten.

Wir hoffen, daß Herr Dr. Schögl durchgreifen wird und daß es ihm gelingt, seine fortschrittliche Haltung nunmehr auch in die Praxis umzusetzen. Wir werden ihn bei allen Maßnahmen, die gegen das Verfagen unserer Ernährungswirtschaft gerichtet sind, mit allen Kräften unterstützen.

I. Vizepräsident: Hohes Haus, wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Berufung des Herrn Kollegen Dr. Schögl zum Landwirtschaftsminister zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. — Ich danke; die Gegenprobe! — Ich stelle fest, daß das Haus der Berufung des Herrn Dr. Schögl zum Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit großer Mehrheit zugestimmt hat. Ein Teil der Abgeordneten hat sich der Stimme enthalten.

(Zurufe: Die Fraktion der SPD hat sich enthalten. — Die FDP auch! — Der Deutsche Block ebenfalls!)

— Ich stelle also fest, daß sich die SPD, die FDP und der Deutsche Block der Stimme enthalten haben.

Ich bitte nun den Herrn Staatsminister, vorzutreten. Ich bitte das hohe Haus, sich vom Plaze zu erheben.

Ich bitte Sie, Herr Staatsminister, mir die Eidesformel nachsprechen zu wollen:

Ich schwöre Treue der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe.

(Staatsminister Dr. Schögl wiederholt die Eidesformel.)

Herr Staatsminister! In schwerer Zeit übernehmen Sie eines der verantwortungsvollsten Ämter der bayerischen Regierung. Ich gratuliere Ihnen namens des ganzen Bayerischen Landtags herzlich zu dieser Berufung. Ich wünsche Ihnen Glück und Segen. Die Ernährungslage in Bayern ist genau so schwer wie in den anderen Ländern. Erfüllen Sie die in Sie gesetzten Hoffnungen! Das ganze Volk wird Ihnen dankbar sein. Gottes Segen zu Ihrem schweren Amt!

(Beifall bei der CSU.)

Ich gebe dem Hause bekannt, daß der Bayerische Senat zu folgenden vom Landtag beschlossenen Gesetzen keine Einwendungen erhoben hat:

1. Gesetz zur Abänderung des Gesetzes Nr. 71 zur beschleunigten Aburteilung von Wirtschaftsvergehen und Wirtschaftsverbrechen (Beilage 1021);
2. Gesetz über die Vergütung von Lohnausfällen der Arbeitnehmer bei Betriebseinschränkungen und Stilllegungen wegen Mangels an Strom, Gas und Kohle (Beilage 1022);
3. Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Beilage 1023);

(I. Vizepräsident)

4. Gesetz über die Wahl der Gemeinderäte und Bürgermeister — Gemeindevahlgesetz — (Beilage 1122);
5. Gesetz über die Wahl der Kreistage und Landräte — Landkreismahlgesetz — (Beilage 1123).

Das Haus nimmt von diesen Mitteilungen des Präsidenten des Bayerischen Senats Kenntnis.

Zu dem Gemeindevahlgesetz und dem Landkreismahlgesetz hat der Landtag in seiner letzten Sitzung den Verfassungsausschuß ermächtigt, noch die redaktionelle Überprüfung vorzunehmen. Der Ausschuß hat heute vormittag diese Arbeit mit folgendem Ergebnis erledigt.

Im Gemeindevahlgesetz wird in Art. 2 Abs. 3 letzter Satz das Wort „bezeichnet“ ersetzt durch „eingereiht“.

In Art. 27 ist zum Teil das Wort Ersatzmänner, zum Teil das Wort Ersatzleute gewählt. Um die Einheitlichkeit des Textes herzustellen, hat der Verfassungsausschuß beschlossen, in Art. 27 sowohl in der Überschrift wie in den Zeilen 2 und 3 einheitlich das Wort „Ersatzleute“ zu gebrauchen.

Sonstige Änderungen wurden weder im Gemeindevahlgesetz noch im Landkreismahlgesetz vorgenommen. Nachdem der Senat den beiden Gesetzen auch bereits zugestimmt hat, können sie nunmehr ausgefertigt und veröffentlicht werden.

Formell sind noch die zu beiden Gesetzen vorliegenden Eingaben des Städteverbandes zu entscheiden. Ich schlage dem Hause vor, diese Eingaben durch die Annahme des Gesetzes für erledigt zu erklären. — Widerspruch erfolgt nicht; ich stelle das fest.

Ich habe dem hohen Hause weiterhin ein Schreiben des Direktors der Militärregierung für Bayern bekanntzugeben:

An den
Präsidenten des Bayerischen Landtags

München
Schackstraße 3

Sehr geehrter Herr Dr. Horlacher!

Der Landtag hat vor einigen Tagen die neuen Kreis- und Gemeindevahlgesetze verabschiedet, welche heute vom Senat ratifiziert wurden. Ich halte diese Gesetze für sehr wichtig und für ausgezeichnete Beispiele fortschrittlicher Gesetzgebung. Damit hat nun der Bürger das Recht, die Vertreter seiner örtlichen Regierung namentlich zu wählen. Als Ergebnis besteht nun eine feste Basis für eine echte demokratische Teilnahme des Volkes an der Regierung und das Fundament für die Wiederherstellung starker und gesunder örtlicher Regierungen ist gelegt.

Dieses zustande gebracht zu haben, gereicht dem Landtag zur großen Ehre. Den Verfassungsausschuß des Landtags muß man zu seiner sorgfältigen Arbeit an den Gesetzentwürfen und den Landtag selbst zu der ernsthaften Behandlung der Gesetze beglückwünschen.

Da nun das Volk seine örtlichen Vertreter namentlich wählen und sie damit persönlich verantwortlich machen kann, wird es nun mit gutem Gewissen seine örtliche Regierung kontrollieren können. Als Ergebnis dessen hoffe ich aufrichtig, daß sich jeder Bürger seinerseits bewußt wird, welche

eigene Verantwortlichkeit er nun in einer auf wirklich demokratischen Grundsätzen aufgebauten Regierung übernehmen muß.

Ihr sehr ergebener

Mr. van Wagoner,
Landdirektor.

Das hohe Haus nimmt dieses Schreiben mit Befriedigung zur Kenntnis.

Aber die Dispositionen, die der Ältestenrat getroffen hat, möchte ich noch folgendes bekanntgeben: Die Sitzung soll heute bis ungefähr 6, 1/7 Uhr dauern; morgen Vormittag soll weiter getagt werden. Am nächsten Mittwoch früh 9 Uhr ist Plenarsitzung. Die Sitzungen werden sich bis Freitag hinziehen. Es werden vor allem der Etat des Sonderministeriums und, sofern dann noch Zeit ist, die Fortsetzung des Etats des Staatsministeriums des Innern beraten werden.

(Dr. Hundhammer: Ich bitte ums Wort.)

— Der Herr Kollege Dr. Hundhammer hat das Wort.

Dr. Hundhammer (CSU): Die Ansetzung der heutigen Vollsitzung ist unvermutet erfolgt. Viele Abgeordnete hatten in der vergangenen Woche in der Meinung, es würde in dieser Woche keine Vollsitzung stattfinden, anderweitig disponiert. Es ist auch die eine oder andere größere Veranstaltung für morgen und übermorgen angesetzt, die die Anwesenheit von Abgeordneten notwendig macht.

Ich würde deshalb bitten, morgen keine Vollsitzung anzuberaumen.

(Stöck: Ich bitte ums Wort.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stöck.

Stöck (SPD): Meine Damen und Herren! Wir haben uns im Ältestenrat des längeren mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Nun dürfen Sie, meine Herren von München und der näheren Umgebung, nicht vergessen, daß wir, hin und zurück gerechnet, 18 Stunden brauchen, um nach München zu kommen und an der Sitzung teilzunehmen. Da dürfen Sie uns nicht zumuten, daß wir wegen zwei Stunden Sitzung 18 Stunden unterwegs sind und dann wieder nach Hause geschickt werden. Da müssen Sie anders disponieren. Ich will jetzt nicht vorgreifen. Die heutige Sitzung wäre nicht notwendig gewesen, wenn man in der letzten Plenarsitzung etwas klüger gehandelt hätte.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Ich beantrage deshalb, um nicht den Franken zuzumuten, wegen einer oder zwei Stunden Landtags-sitzung 18 Stunden unterwegs zu sein, morgen bis 12 Uhr zu tagen. Dann haben wir Gelegenheit, mit den 1-Uhr-Zügen wieder zurückzufahren. Heute müssen wir ohnehin in München bleiben. Ich bitte deshalb das hohe Haus, zu beschließen, daß morgen noch getagt wird.

(Dr. Hundhammer: Ich bitte ums Wort.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer (CSU): Ich glaube, die zwei oder drei Stunden Sitzung, die wir heute haben, sind in ihrer Materie so schwerwiegend, daß es auf alle Fälle der Mühe wert war, hierzu hierher nach München zu fahren.

(Dr. Hundhammer (CSU))

Andererseits möchte ich doch darauf verweisen, daß die Entscheidungen, die Abstimmungen, die unter Umständen morgen zu der einen oder anderen Angelegenheit erfolgen müssen, dann sehr unangenehm ausfallen könnten, wenn ein Teil meiner Fraktion auf Grund bereits festgelegter Dispositionen nicht in der Lage ist, an der Sitzung teilzunehmen.

I. Vizepräsident: Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer, ich glaube, wir können uns einigen, wenn wir uns dahingehend festlegen, daß morgen keine Abstimmungen stattfinden. Dann können wir den einen und den anderen Rechnung tragen. Sind Sie damit einverstanden?

(Dr. Hundhammer: Ja. — Zustimmung.)

— Ich stelle fest, daß das Haus damit einverstanden ist, daß morgen getagt wird, aber keine Abstimmungen stattfinden. — Ich danke Ihnen.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Es folgt Ziffer 2:

Ersatzwahl für den Wirtschaftsrat in Frankfurt an Stelle des von der Militärregierung nicht genehmigten Dr. Semler.

Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident Dr. Ehard: Verehrte Frauen und Männer des Bayerischen Landtags! Ich darf folgende Erklärung abgeben: Am Mittwoch, den 18. Februar, wurden die neuen Mitglieder des Wirtschaftsrats in Frankfurt gewählt, darunter Herr Dr. Johannes Semler. Kurz danach wurde mir mitgeteilt, daß diese Wahl von der Besatzungsmacht mißbilligt wird und nicht genehmigt werden kann.

Ich habe das sofort am gleichen Tag dem Landtag mitgeteilt. Zur Wahl ist man gekommen auf Grund des folgenden Sachverhalts.

Herr Dr. Johannes Semler wurde, wie bekannt ist, aus seinem Amt als Direktor für Wirtschaft bei der bizonalen Organisation in Frankfurt von den beiden Besatzungsmächten abberufen. Dabei wurde ihm und der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß er von diesem Amt abberufen wird, daß aber — wie es heißt — beschlossen worden ist, nichts weiter gegen ihn zu unternehmen, als ihn dieses Amtes zu entkleiden. Es war nur noch beigefügt: Herr Dr. Semler dürfe nicht als Beamter des öffentlichen Dienstes weiterhin ein Amt bekleiden, in dem die Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden unerlässlich ist. Daraus wurde der Schluß gezogen, Herr Dr. Semler dürfe zwar kein Amt bekleiden, bei dem er mit der Besatzungsmacht irgendwie in Verbindung zu treten hat, im übrigen aber würden demokratische Folgerungen nicht gezogen, also es würden die staatsbürgerlichen Rechte des Herrn Dr. Johannes Semler nicht beeinträchtigt.

Diese Auslegung des Briefes ist sowohl durch den englischen Text wie durch die deutsche Übersetzung nach unseren Rechtsbegriffen so, wie ich sie dargelegt habe, von uns angenommen worden. In der Tat war sie anders gemeint und wird anders ausgelegt. Sie soll nämlich heißen, daß Herr Dr. Johannes Semler in keiner Form mehr bei der bizonalen Organisation in die Erscheinung treten darf. Dadurch hat sich die Sachlage völlig geändert.

Es ist deshalb notwendig geworden, an Stelle des nicht genehmigten Dr. Johannes Semler einen Ersatz-

mann in den Wirtschaftsrat nach Frankfurt abzuordnen.

I. Vizepräsident: Dieser Ersatzmann steht der CSU zu. Ich bitte den Herrn Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Dr. Hundhammer, um Vorschläge.

Dr. Hundhammer (CSU): Die Fraktion der CSU schlägt vor, zu wählen Herrn Franz Eifen, Direktor der Bayerischen Staatsbank, München, Pöfingfingerstraße 7.

(Stoß: Ich bitte ums Wort.)

I. Vizepräsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Stoß das Wort.

Stoß (SPD): Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat hierzu auch eine Erklärung abzugeben. Durch die Politik, die die CSU und ihre Regierung im Falle Dr. Semler eingeschlagen hat, ist nach der eigenen Erklärung der bayerischen Staatsregierung eine sehr ernste Lage heraufbeschworen worden.

(Zuruf von der CSU: Die Regierung hat damit nichts zu tun.)

Wir fürchten, daß die Folgen dieser Politik nicht nur die bayerische Staatsregierung, sondern das ganze bayerische Volk zu spüren bekommt. Die Sozialdemokratie hat von dieser Stelle aus vergeblich gewarnt. Man hat alle unsere Warnungen in den Wind geschlagen, weil man ja mit der Militärregierung, wie ein CSU-Sprecher ausdrücklich erklärt hat, Fraktur reden wollte.

(Dr. Kroll: Das ist nicht richtig!)

Die aus völliger Verkenntnis der Rechts- und Sachlage vom Zaun gebrochene Machtprobe mit der Militärregierung hat, wie wir vorausgesagt haben, mit einer kläglichen Demütigung geendet. Alle nachträglichen Versuche, den Fall Semler als ein Mißverständnis hinzustellen, können angesichts der bewußten und gewollten Herausforderung der Besatzungsmacht nur als eine Verschleierung des tatsächlichen Rückzugs angesehen werden.

In Wirklichkeit hat es sich für die CSU darum gehandelt, eine scheinnationalistische Stimmungswelle im Lande zu erzeugen,

(sehr gut! bei der SPD — Widerspruch bei der CSU) um sie für ihre Wahlzwecke auszunützen. Außerdem hat wohl die Erwägung mitgespielt, auch in der amerikanischen Besatzungszone einen Fall Kaiser zu schaffen. (Widerspruch bei der CSU.)

Die Sozialdemokratie hat in der Vergangenheit ihre selbständige Haltung gegenüber den Besatzungsmächten wiederholt unter Beweis gestellt. Sie fordert im Interesse einer klaren Abgrenzung der Zuständigkeiten der Besatzungsmächte einerseits und der deutschen Regierung andererseits ein eindeutiges Besatzungsstatut.

Sie hat den Entwurf eines Besatzungsstatuts ausgearbeitet und den entsprechenden Stellen zugeleitet. Wir sind uns jedoch bewußt, daß bis zur Annahme eines solchen Statuts die Besatzungsmächte auf Grund ihrer Vorbehalte bei der Genehmigung der Länderverfassungen das Recht haben, jederzeit in unsere Verhältnisse einzugreifen. Wir wünschen, daß das so wenig wie möglich geschieht, um den gegenwärtigen Zustand einer gelenkten Demokratie raschest zu überwinden.

(Stock [SPD])

Hätte die Mehrheit dieses Hauses die Rechts- und Machtverhältnisse so klar erkannt, wie die sozialdemokratische Fraktion sie erkannt hat, so wäre dem bayerischen Parlament und der Staatsregierung die empfindliche Niederlage in dem Fall Semler erspart geblieben.

Dem von der CSU gemachten neuen Vorschlag geben wir unsere Zustimmung.

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Chard: Hohes Haus! Ich möchte doch richtig stellen: Nach der Proklamation Nr. 7 obliegt die Wahl der Mitglieder des Wirtschaftsrats dem Parlament. Ich habe immer den Standpunkt eingenommen, daß die Staatsregierung nicht die Befugnis hat, dem Parlament Vorschriften zu machen oder in seine Entschlüsse in irgendeiner Form einzugreifen.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, ich habe das auch in diesem Fall ebenso wie die Staatsregierung absolut korrekt durchgehalten.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, meine Erklärung, die ich neulich, am Mittwoch, den 18., im Anschluß an den Auftrag zur Mitteilung an das Parlament dem hohen Hause gemacht habe, war völlig eindeutig, durchaus korrekt und nicht mißzuverstehen.

(Beifall.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. von Brittwitz.

Dr. von Brittwitz und Gaffron (CSU): Meine Damen und Herren! Ich bin kein alter Parlamentarier und verstehe es nicht, in gewundenen Formen zu sprechen. Ich möchte Ihnen aber anläßlich der gegenwärtigen Situation ganz ungeschminkt und offen nur einige Worte sagen. In der Zeit, als noch die Segelschiffe allein über die sieben Meere fuhren, hatten ganz vorsichtige Kapitäne immer einige Tonnen Öl im Rumpf ihres Schiffes; und wenn die Wogen hochgingen, dann pflegten sie dieses Öl auf die Wogen zu gießen, um in den Stürmen eine Pause hervorzurufen. Ich glaube, in Momenten wie diesen sollte man auch einmal in Ruhe sine ira et studio die Angelegenheit, um die es geht, betrachten.

Es ist heute schon zum zweiten Male seitens der Sozialdemokratie der Ton angeschlagen worden, als habe die Union diese Angelegenheit irgendwie in einer demagogischen oder parteipolitischen Weise ausnützen wollen.

(Zuruf von der SPD: Ohne Fingerspitzengefühl.)

Ich glaube, es ging in diesem Fall eigentlich um eine Angelegenheit, die man überhaupt jenseits der parteipolitischen Ebene betrachten sollte,

(sehr richtig!)

die man auch heute jenseits dieser Ebene anschauen sollte. Wenn man nämlich die Tatsachen betrachtet und wenn man aus den Reden, die hier gehalten worden sind, das Beiwerk entfernt, dann stellen sie etwas sehr Einfaches und Unkompliziertes dar. Sie stellen nämlich fest, daß das ganze Haus darin einig war, daß in den sachlichen Ausführungen des Herrn Dr. Semler all-
hand gesagt worden ist, was jeder unterschreibt. Das

ist auch in der Presse aller Richtungen so gesagt worden.

(Dr. Beck: Über allherhand anderes auch!)

Es ist ebenso Einigkeit darüber vorhanden, daß Entgleisungen vorgekommen sind, die von allen Seiten des Hauses, von Ihnen und von uns, bedauert werden. Es ist neulich vom Herrn Abgeordneten Dr. Hoegner die Warnung gegen den Nationalismus ertönt. Sie werden mir sicherlich glauben, wenn ich diese Warnung unterschreibe und Sie versichere, daß wir uns alle in diesem Hause einig sind und einig sein sollten, den Nationalismus in die Mottenkiste zu packen. Ich glaube auch, daß Sie, wenn Sie die tägliche Arbeit dieses Hauses in den Ausschüssen und im Plenum betrachten, in dem einen Punkt eigentlich eine einheitliche Linie feststellen können: Das ist unser heißes, allseitiges Bemühen, eine wirkliche demokratische Basis für unser künftiges Staatsleben zu finden. Das ist mehrfach zum Ausdruck gekommen und ich glaube, die Tatsachen haben das bis zum heutigen Tage erwiesen. Lassen Sie uns also bitte nicht an einem Fall hängen bleiben, der ein Zwischenfall ist, wie sie nun manchmal vorkommen, der aber nicht als eine ganz außergewöhnliche Angelegenheit gewertet werden darf, sondern als Symptom einer Situation gewertet werden muß, die langsam aber, ich möchte beinahe sagen, mit Sicherheit entstehen mußte! Es mußte nach 33 Monaten der Besatzung der Zustand eintreten, wo bei unveränderter Sachlage die Interessen der aufstrebenden und sich formenden Demokratie in Gegensatz und Konflikt geraten mußten mit dem Recht der Militärregierung. Niemand leugnet, daß das Recht der Besatzung das deutsche Recht zur Zeit überlagert. Ich glaube aber, daß wir an Hand dieses Falles an die Militärregierungen die Bitte richten können, daß endlich eine Form gefunden werden muß, wo die Rechte gegeneinander abgegrenzt werden.

(Sehr richtig!)

Der Abgeordnete Stock hat das wahrscheinlich mit dem Wort „Besatzungstatut“ gemeint, wenn ich ihn richtig verstanden habe.

(Stock: Richtig!)

Ich darf Sie daran erinnern, daß ganz ähnliche Schwierigkeiten in vermindertem Maßstab besonders auf wirtschaftlichem Gebiet auch nach dem ersten Weltkrieg aufgetreten waren und daß diese Schwierigkeiten erst beseitigt wurden, als man seitens der Mächte, ganz besonders Amerikas, die Beseitigung des Kriegszustands und die Herstellung des Friedenszustands erklärte, noch ehe der wirkliche Friedensvertrag geschlossen wurde. Ich glaube, einen solchen Zustand müssen wir herbeiwünschen und müssen die Alliierten bitten, ihn baldmöglichst herbeizuführen. Ich möchte Sie im Interesse unserer werdenden Demokratie und im Interesse der Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte in unserer Heimat bitten, diesen Fall von einer Behandlung loszulösen, über die die einen eine Meinung und die anderen eine andere Meinung haben, sondern ihn als ein Symptom zu betrachten. Man kann am Symptom allein bekanntlich nicht kurieren, sondern man muß das Urelement der Krankheit kurieren. Das liegt hier darin, einen Weg zu finden, daß man der Demokratie, der man so häufig die Verantwortung zuschiebt, dann auch seitens der alliierten Mächte die Grenze ihrer Verantwortung klar abzeichnet, damit sie entsprechend klar handeln kann.

(Dr. von Brittwitz und Gaffron [CSU])

Ich habe es sehr bedauert, was der Herr Abgeordnete Stock über unseren Wunsch gesagt hat, Zwischenfälle à la Kaiser zu kreieren, oder was er sonst im einzelnen dazu ausgeführt hat. Was wir wollen, ist, so schnell wie möglich eine geordnete Basis für die Demokratie zu finden. Ich glaube, dazu gehört vor allen Dingen auch, daß man, wenn man jemand anklagt, ihm, ehe man ihn verurteilt, Gehör gibt.

(Sehr richtig!)

Das ist, glaube ich, ein demokratischer Grundsatz, den auch wir, die wir erst im Kindergarten der Demokratie stecken, fordern können.

(Zuruf: Der für alle gilt.)

— Der für alle gilt, sehr richtig!

Auf diese kurzen Worte möchte ich mich beschränken und an Sie nochmals die Bitte richten, die Dinge so zu verstehen, wie sie gemeint sind, und unsere Haltung nicht in einer falschen Weise zu interpretieren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Hohes Haus! Seitens der CSU ist für die Wahl in den Wirtschaftsrat in Frankfurt vorgeschlagen Herr Franz Michael Elsen, Diplomvolkswirt, Direktor bei der Bayerischen Staatsbank, geboren am 11. Juli 1906 in München. Seine Anschrift lautet: München, Pöttingerstraße 7.

Wer diesem Vorschlag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke; ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle fest, daß Herr Elsen bei einigen Stimmenthaltungen mit großer Mehrheit in den Wirtschaftsrat nach Frankfurt am Main gewählt worden ist.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Sozialpolitik zum Antrag der Abgeordneten Dr. Linnert und Genossen betreffend Aufhebung der Verordnung Nr. 66 des Arbeitsministeriums vom 6. Juli 1946 zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der von der Sozialversicherung betreuten Personen (Beilage 1110).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Linnert.

Dr. Linnert (FDP) [Berichterstatter]: Hohes Haus! Der Sozialpolitische Ausschuß des Bayerischen Landtags hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem Antrag Dr. Linnert und Genossen beschäftigt, der vor-

a) Die Verordnung Nr. 66 des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge vom 6. Juli 1946 zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der von der Sozialversicherung betreuten Personen wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

b) Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge soll sofort eine Liste aufstellen, woraus ersichtlich ist, welche Ärzte, Zahnärzte und Dentisten seit dem Inkrafttreten der Verordnung Nr. 66 von den zuständigen Oberversicherungsämtern zur Behandlung der Krankenversichererten zugelassen wurden, und diese Liste den jeweiligen Berufsverbänden zustellen. Eine Nachprüfung der Zulassung auf Grund der Verordnung Nr. 66 soll im Benehmen mit den zuständigen Berufsverbänden und unter Berücksichtigung der bisher noch geltenden Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung erfolgen.

c) Dieser Antrag soll als Dringlichkeitsantrag zur sofortigen Durchführung ohne Verweisung an einen Ausschuß behandelt werden.

Der Antrag steht auf Beilage 1052.

Der Sozialpolitische Ausschuß hat sich in seiner Sitzung mit diesem Antrag befaßt. Ich selbst habe den Antrag begründet und darauf hingewiesen, daß diese Verordnung Nr. 66, welche das Arbeitsministerium, respektive dessen Ministerialrat Dr. Schiedel am 6. Juli 1946 erlassen hat, vom Tage der Entflehung an von den bayerischen Berufsverbänden bekämpft worden ist. Es hat sich herausgestellt, daß die Berufsverbände zu dieser Verordnung nicht gehört worden sind. Schon im Sozialpolitischen Ausschuß der Verfassunggebenden Landesversammlung wurde ein Antrag von mir behandelt, diese Verordnung wieder aufzuheben. Dieser Antrag wurde der Regierung zur Berücksichtigung übergeben, weil die Verfassunggebende Landesversammlung keine Beschlusskraft in solchen Fragen hatte. Als dann der Landtag gewählt war und zusammentrat, wurde ein neuer Antrag zur Aufhebung der Verordnung Nr. 66 eingebracht, der mit der Modifikation angenommen wurde, daß die Verordnung Nr. 66 nicht mehr angewendet werden sollte, sobald die Zulassungsordnung für Ärzte, Zahnärzte und Dentisten und Krankenkassen wieder in Vorlage gekommen sei. Trotzdem wurde die Verordnung bis in die letzten Monate hinein noch angewandt. So sah ich mich veranlaßt, einen entsprechenden Antrag einzubringen.

Der Mitberichterstatter Dr. Bühner hat im wesentlichen die Auffassung des Berichterstatters unterstrichen und ebenfalls darauf hingewiesen, daß die Verordnung auch dadurch illusorisch gemacht und umgangen wurde, daß die Oberversicherungsämter angewiesen wurden, auch Rechnungen bezahlen zu lassen von solchen Ärzten, die nicht auf Grund der Verordnung Nr. 66 zugelassen wurden.

Der Herr Staatssekretär Grieser als der zuständige Staatssekretär wies darauf hin, daß diese Verordnung auf Veranlassung der Militärregierung erlassen worden sei, weil damals noch eine politische Säuberung notwendig gewesen sei. Eines Urteils über diese Verordnung wolle er sich aber enthalten. Herr Staatssekretär Grieser wies dann auf den jahrelangen Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen hin und stellte fest, daß im Jahre 1931 ein dauernder Friede hergestellt wurde. Auf der Grundlage dieses Friedens wurde dann die Zulassung von Ärzten, Zahnärzten und Dentisten bis in die letzte Zeit hinein geordnet.

Darüber hinaus sind nun die Bestrebungen im Gange, auf Grund des Antrags des Landtags die Zulassungsausschüsse für Ärzte und Krankenkassen wieder ins Leben zu rufen. Das ist auch in Bayern geschehen. Der Zulassungsausschuß für Ärzte und Krankenkassen besteht. Damit ist die Verordnung Nr. 66 erst recht überflüssig geworden. Darüber hinaus ist festzustellen, daß nunmehr auch in der ganzen amerikanischen besetzten Zone das Zulassungswesen für die Krankenkassen wieder geordnet werden soll, daß in Stuttgart zwischen Vertretern der Krankenkassen, Ärzten, Zahnärzten und Dentisten Richtlinien vereinbart wurden, in zehn Punkten — ich will sie Ihnen nicht bekanntgeben; sie würden nur die Berufsstände interessieren —, die die Fortsetzung dieses Friedens gewährleisten. Darüber hinaus ist noch festzustellen, daß auch in der englisch besetzten Zone schon einheit-

(Dr. Linnert [FDP])

liche Ausschüsse gebildet worden sind und daß der Weg jetzt dahin geht, Ausschüsse für die beiden Zonen zu bilden, damit wieder wie früher ein einheitliches Kassenarztrecht in denjenigen Teilen Deutschlands zustande kommt, in denen dies noch möglich ist. Denn die Ostzone hat sich bekanntlich auf dem Gebiet der Sozialversicherung vollständig von der bisherigen Reichsversicherungsordnung abgetrennt.

Der Abgeordnete P e s c h e l gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Ausschuß nun endlich einmal diese Verordnung loswerden möge. Die Sozialdemokraten hätten feinerzeit vorgeschlagen, wieder wie früher einen Landesauschuß in Bayern zu bilden. Das sei nun auch geschehen, so daß auch er der Aufhebung der Verordnung Nr. 66 zustimme.

Zum Schluß hat der Antragsteller den Abfag c, wonach dieser Antrag als Dringlichkeitsantrag zu behandeln sei, zurückgezogen. Der Antrag a und b, Aufhebung der Verordnung und Herausgabe der Listen der durch die Oberversicherungsämter zugelassenen Ärzte, Zahnärzte und Dentisten an die Berufsorganisation wurde einstimmig gebilligt.

Ich bitte das hohe Haus, dem Antrag des Ausschusses zuzustimmen.

I. Vizepräsident: Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke; ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die Annahme des Antrags fest.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Sozialpolitik zum Antrag der Abgeordneten Stock und Genossen betreffend Wiederinkraftsetzung der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht (Beilage 1111).

Berichterstatter ist der Abgeordnete H a u c k.

Hauck Georg (CSU) [Berichterstatter]: Hohes Haus! In seiner 16. Sitzung hat der Ausschuß für Sozialpolitik am 13. Februar den Antrag Stock betreffend Wiederinkraftsetzung der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht (Beilage 938) behandelt. Der Antrag lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, bei der Militärregierung dahin zu wirken, daß die Reichsverordnung über die Fürsorgepflichten in der Fassung vom 31. Dezember 1942

— das wird abgeändert in 1932 —

wieder Geltung erlangt.

Ich glaube, die Begründung, die die Antragsteller zu dem Antrag gegeben haben, kann ich mir ersparen; denn die Abgeordneten haben sie alle im Druck bekommen.

Der Ausschuß hat diese Angelegenheit behandelt. Sowohl Referent wie Korreferent sind der Auffassung gewesen, daß die Sache befürwortet und der Regierung als Material bzw. zur Weiterbehandlung bei der Militärregierung vorgelegt werden soll.

Der Antrag des Ausschusses lautet:

Zustimmung unter Abänderung der Jahreszahl „1942“ in „1932“.

Ich bitte das hohe Haus, dem Ausschußantrag zuzustimmen.

I. Vizepräsident: Sie haben den Antrag gehört. Zum Wort ist niemand gemeldet. — Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke; ich stelle die Annahme des Antrages fest.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Brunner und Dr. Linnert betreffend Vorkehrungen zur Verhinderung des Raubes frischgelegter Pflanzkartoffeln im Frühjahr (Beilage 1107).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Brunner.

Brunner (FDP) [Berichterstatter]: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die FDP hat in Beilage 1055 folgenden Antrag eingebracht:

Die Staatsregierung wird beauftragt, Vorkehrungen zu treffen, die zum Ziele haben, die Beraubung der frischgelegten Pflanzkartoffeln im Frühjahr, die bei der herrschenden Kartoffelnnot mit großer Wahrscheinlichkeit erfolgen wird, unter allen Umständen zu verhindern.

Der Berichterstatter erklärte, er vertraue auf den gefundenen Sinn der Bevölkerung, die wisse, daß, wenn sie die Saat vernichtet, sie auch die Ernte vernichtet und sich damit selbst schadet, und möchte lieber statt der zweibeinigen die vierbeinigen Räuber bekämpft wissen.

Der Mitberichtersteller verwies auf die Vorkommnisse im Vorjahre, wo in der näheren und weiteren Umgebung von Großstädten über Nacht ganze Felder ausgegraben und die Pflanzkartoffeln zum Verzehr verwendet wurden. Heuer müßten noch schlimmere Zustände befürchtet werden. Der Redner trat für einen verstärkten Flurschutz ein und forderte auch die Durchführung von Nachstreifen durch die Landpolizei sowie exemplarische Bestrafung der Überführten.

Der Abgeordnete R y a u s befaßte sich eingehend mit der Wildschweinplage in Unterfranken und erkundigte sich nach dem Schicksal des feinerzeitigen Landtagsbeschlusses, wonach bei der Militärregierung Vorstellungen erhoben werden sollten; verschiedene Abgeordnete seien dazu schon bestimmt gewesen. Er schilderte sodann auf Grund seiner eigenen Beobachtungen in verschiedenen Bezirken Unterfrankens die Auswirkungen der Wildschweinplage als teilweise verheerender wie die Folgen der Dürre. Die Bauern könnten mangels Saatgut im Frühjahr nicht säen, keine Kartoffeln legen, keine Rüben pflanzen. Die Wildschweine sind deshalb so gefährlich, weil das Vorjahr kein Eicheljahr war und es keine Bucheckern gab. Auf die Bekämpfung dieser vierfüßigen Blünderer muß besonderer Wert gelegt werden. Der Redner bat, die Befähigungsmacht neuerdings dringend auf die Notwendigkeit des Eingreifens hinzuweisen.

Der Abgeordnete Dr. R o r f f erklärte, aus eigener Erfahrung zu wissen, wie weh der Hunger tut und welcher Versuchung hungernde Menschen ausgesetzt sind. Er sprach sich für Annahme des vorliegenden Antrags aus, dessen glückliche Formulierung auch die Bekämpfung der vierbeinigen Attentäter mit einschließe.

Der Abgeordnete B o g l gab insbesondere im Hinblick auf den Mangel an geeignetem Kartoffelsaatgut seiner Befürchtung für die diesjährige Kartoffelernte bzw. die Nichterfüllung des Anbausolls Ausdruck.

(Brunner [FDB])

Staatsrat Dr. Niklas stellte als Hauptfrage die Beschaffung des notwendigen Saatgutes heraus. Wenn Bayern von 277 000 Hektar Anbaufläche im Jahre 1947 die Anbaufläche, wie die Amerikaner es fordern, im Jahre 1948 bezüglich der Kartoffeln auf 395 000 Hektar steigern soll, dann wird dafür allein eine Zusatzbeschaffung an Saatkartoffeln von 261 000 Tonnen benötigt. Wie immer nach einem Misserntejahr bereitet die Saatgutbeschaffung an und für sich schon die allergrößten Schwierigkeiten. Infolgedessen wurde die Saatgutbeschaffung im Inland organisiert; sie ist zur Zeit im Gange. Die Bereiche sämtlicher Ernährungsämter wurden daraufhin untersucht, ob es sich um Zuschuß- oder Überschußgebiete in Bezug auf Saatkartoffeln handelt. Augenblicklich fahren Vertreter der Zuschußgebiete in den Überschußgebieten herum, um dort Saatkartoffeln zu beschlagnahmen. Die Rechnung ergab, daß noch 100 000 Tonnen Saatgut fehlen. 900 000 Tonnen stellen den Gesamtbedarf dar.

Der Sachverhalt wurde der amerikanischen Militärregierung wiederholt, zuletzt vor acht Tagen klargelegt. Bayern hat bisher an Saatkartoffeln aus dem Ausland 12 000 Tonnen erhalten. In Aussicht gestellt sind noch 15 bis 20 000 Tonnen, so daß immer noch eine Lücke von ungefähr 60 bis 65 000 Tonnen zu schließen ist. Bei einer kürzlichen Besprechung mit maßgeblichen Herren der Militärregierung hat der Ministerpräsident in seiner Eigenschaft als derzeitiger Landwirtschaftsminister auf diese Verhältnisse hingewiesen.

Schwierigkeiten bereiten auch die amerikanischen Sorten. Die fast kindskopfgroßen amerikanischen Saatkartoffeln müssen geschnitten werden. Die Amerikaner erklären, daß drüben allgemein geschnitten wird. Aber sie haben ein trockenes Klima, schneiden mit Maschinen, und wenn sie geschnitten haben, bringt die Luftfeuchtigkeit rasch zuwege, was notwendig ist, um Unheil zu verhüten, nämlich die Schorfbildung. Bei uns ist die Luftfeuchtigkeit und die Bodenfeuchtigkeit erheblich größer als in Amerika, so daß die Bauern davor gewarnt werden müssen, frischgeschnittene Saatkartoffeln in den Boden zu legen. Der Redner schilderte unter Bezugnahme auf seine wissenschaftlichen Erfahrungen im einzelnen, welchen enormen Kultur- und Nährboden eine frisch geschnittene Kartoffelfläche für Bakterien aller Art im feuchten Boden abgibt und verwies auf die Gefahr des Verfaulens.

Zum Antrag Brunner, Dr. Linnert erklärte Staatsrat Dr. Niklas, daß sich die Gefahr der zweibeinigen Räuber auf einen gewissen Radius um die Großstädte herum beschränkt. Es kann nichts anderes geschehen, als daß die Gemeinden aufgefordert werden, daß sie einen entsprechenden Flurschutz einsetzen.

Der Abgeordnete Centmayer regte unter Hinweis auf die zunehmenden Gemüse- und Futterdiebstähle eine Ergänzung und Erweiterung des Antrags durch Einbeziehung der Frühgemüse- und Futterflächen bzw. die Ausdehnung eines verstärkten Flurschutzes auf diese Flächen an. Über die Möglichkeiten eines genügenden und zweckmäßigen Flurschutzes verbreitete sich der Redner an Hand seiner Erfahrungen.

Staatsrat Dr. Niklas erinnerte bezüglich der Bekämpfung der Wildschweinplage an die zahlreichen meist erfolglosen mündlichen und schriftlichen Vorstellungen bei der Militärregierung. Es war erreicht

worden, daß Karabiner zur Verteilung gelangten. Zielfernrohrgewehre sind nicht zu bekommen. Auch die Karabiner wurden größtenteils wieder eingezogen. Zur Anfrage des Abgeordneten Kraus wegen der Vorstellung von Abgeordneten aus wildschweingefährdeten Gebieten bei Gouverneur van Wagoner bezog sich Staatsrat Dr. Niklas auf seine Rücksprache mit Präsident Dr. Horlacher während der letzten Ausschusssitzung. Es wird versucht werden, diese Vorstellung demnächst zu ermöglichen.

Frau Abgeordnete Zehner ersuchte die Presse, zur Vermeidung falscher Auslegungen und Auswirkungen das Folgende nicht aufzunehmen. Die Rednerin berichtete von einer Besprechung am vorherigen Tage mit einigen amerikanischen Frauen, in der sie vornehmlich hinsichtlich der Ernährungslage in jeder Beziehung klipp und klar ihre Meinung geäußert und unter anderem gebeten hatte, einmal das Material über die Fälle zusammenstellen zu dürfen, in denen wir uns nicht selbst helfen können und von den Amerikanern nicht länger im Stich gelassen werden dürfen. Die Damen waren dafür sehr dankbar und baten, bis zum folgenden Montag stichhaltiges Material beizubringen. Frau Abgeordnete Zehner bat das Landwirtschaftsministerium, ihr das Einschlägige bis dahin zur Verfügung zu stellen.

Der Mitberichterstatter begrüßte die angeregte Erweiterung des Antrags auf Frühgemüse- und Futterflächen mit der Feststellung, daß Tausende von Rüben mehr gefüttert werden könnten, wenn die Ausplünderung der Felder nicht einen so großen Umfang angenommen hätte, und redete weiter einem verstärkten, baldigst einsetzenden Flurschutz das Wort.

Der Vorsitzende nahm das Einverständnis des gerade nicht anwesenden Berichterstatters an. Es folgten noch einige Formulierungsanträge und dann wurde beschlossen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, Vorkehrungen zu treffen, um die Vererbung der frisch gelegten Pflanzkartoffeln, der Frühgemüse- und Futterflächen, die bei der herrschenden Not im Frühjahr droht, unter allen Umständen zu verhindern. Insbesondere sind die Gemeinden anzuweisen, den Flurschutz zu verstärken und spätestens am 1. April einzusetzen.

Ich bitte das hohe Haus, diesem Beschluß zustimmen zu wollen.

I. Vizepräsident: Hohes Haus! Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen zur Abstimmung. Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke. — Die Gegenprobe! — Ich stelle die einhellige Zustimmung des hohen Hauses fest.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zu den Anträgen der Abgeordneten Dr. Hundhammer und Genossen und Stock und Genossen betreffend Verwendung der zur Rodung geeigneten Flächen der Innauen von Niederaudorf bis Rosenheim für landwirtschaftliche Zwecke (Beilage 1105).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Braun. Ich erteile ihm das Wort.

Braun (CSU) [Berichterstatter]: Zu dem Antrag Dr. Hundhammer und Genossen und Stock und Genossen bemerkte Regierungsdirektor Schindler einleitend, die Frage der Innauen spukt jetzt schon fast zwei Jahre. Ausgelöst wurde die Angelegenheit durch einen Antrag der Gemeinde Nußdorf, der bezwecken sollte, die kleinbäuerlichen Betriebe, die dort in einer Größe von unter 1 Hektar vorhanden sind, aufzustocken und dadurch den Leuten die Möglichkeit zu geben, ihre Existenz ganz auf landwirtschaftlicher Basis zu finden, während sie jetzt zum Teil gezwungen sind, in die umliegenden Fabriken zu gehen, und der weiter bezwecken sollte, diese Arbeitsplätze in den Fabriken frei zu machen, um dort Flüchtlinge beschäftigen zu können. In wiederholten Begehungen sind die staatlichen Innauen beschäftigt worden und es ist seitens der Staatsforstverwaltung ganz selbstverständlich auch die Frage aufgetaucht, warum nur die staatlichen Innauen und nicht auch die gemeindlichen und privaten Flächen in Betracht kommen sollen. In umfangreichen Vorarbeiten wurden — der Vertreter der Staatsregierung stützte sich bei seinen Darlegungen auf an der Wand aufgehängtes Kartenmaterial — die ganzen Innauen von der Landesgrenze bis Rosenheim aufgenommen, die Eigentümer festgestellt und der derzeitige Kulturstand geprüft, um darnach die Flächen ausscheiden zu können, die für eine Rodung in Frage kommen oder nicht. Auf den Übersichtskarten erschienen die grün bezeichneten Flächen als Staatseigentum, die braun angelegten Flächen als Gemeindeeigentum und die blau angelegten Flächen als Privatbesitz. Der Gesamtumfang dieser Auen beträgt 752,336 Hektar. Von diesen rund 752 Hektar sind nach den vom Staatsministerium vorgenommenen Ausscheidungen 219,219 Hektar Staatseigentum geeignet und vom Gemeindeeigentum sind 84,583 Hektar und von den Privatflächen 105,982 Hektar für eine Rodung und nachfolgende Kultivierung geeignet. Der übrige Teil ist nicht geeignet, teils weil die kleinbäuerlichen Besitzer, um die es sich bei diesen Auwäldungen meist handelt, soweit Privatbesitz in Frage steht, auf die Holznutzung nicht verzichten können; denn die Leute haben außer diesem Auwald kein Holz, teils weil, wie insbesondere bei den Gemeinden, die gegen Rosenheim hinunter liegen, der Rückstau der Altwasser eine sichere landwirtschaftliche Nutzung nicht gewährleistet, während dies in den oberhalb gelegenen Gemeinden wie Nußdorf, Oberaudorf, Niederaudorf usw. der Fall ist. Die Staatsforstverwaltung hat sich im November 1946 bereit erklärt, aus ihrem Besitz 76 Hektar zur Verfügung zu stellen. Diese 76 Hektar liegen oben in den Gemeinden Nußdorf, Oberaudorf und Niederaudorf.

Auf Grund der früher schon in den Innauen gemachten Erfahrungen ist es möglich, dort zwei Jahre, ohne den Boden zu düngen, mit Erfolg zu ernten. Der Boden ist durch die vielen Überschwemmungen der früheren Jahrzehnte an Nährstoffen reich. Die Arbeit des Rodens, des Herausreißens der Wurzelstöcke usw. ist natürlich sehr schwierig, es geht sehr viel Pflugmaterial dabei verloren, aber der Erfolg rechtfertigte die Tat und die Anlieger von Nußdorf, denen das in der Hauptsache zugute kam, waren sehr zufrieden. Auf Grund der getroffenen Feststellungen sind sämtliche Besitzer nach Plannummern und Kulturart aufgenommen worden und es ist aus-

geschieden, was kulturwürdig ist und kultiviert werden kann.

Die Staatsforstverwaltung hat sich nicht mit Unrecht auf den Standpunkt gestellt: Wenn der Staat Flächen abgeben und etwas unternehmen muß, dann sollen auch die Gemeinden und Privaten ihrerseits mitmachen und ebenfalls die Flächen zur Verfügung stellen, von denen sie keine Holznutzung haben und die einen sicheren landwirtschaftlichen Ertrag gewährleisten. Ein Teil dieser von der Staatsforstverwaltung im Jahre 1946 angebotenen Flächen wie die Beuerwöhr-Au war für den Zweck vorgesehen, dort einige Siedlerstellen zu errichten; denn es ging doch nicht an, das gesamte Land als Anliegersiedlungen an die umliegenden Gemeinden zu geben. Einige Neusiedler sollten doch zum mindesten dabei zum Zuge kommen. Bis jetzt konnte auf diesem Stück nichts geschehen, weil die Neusiedler noch nicht ausgewählt sind und weil es vor allem an Baracken und Gebäuden fehlt. Das Staatsministerium geht bei Neusiedlungen immer davon aus, die Siedler, denen Land zugeteilt werden soll, zunächst in Baracken unterzubringen. Von dort aus sollen sie die Arbeiten selbst vornehmen und sich ein Grundstück anbauen, bis die Möglichkeit besteht, ihnen feste Gebäude hinzustellen. Der übrige Teil, den die Staatsforstverwaltung zur Verfügung gestellt hat, ist, wie erwähnt, kultivierte Anbaufläche und kommt heuer zum zweiten Male zum Anbau.

Es handelt sich nun darum, so führte der Vertreter der Staatsregierung aus, daß sich entsprechend einem bereits zu verzeichnenden Vorgang auch in anderen Gemeinden für die Grundstücke, die sich hierfür eignen, Zweckverbände zusammenruft und sich über das Notwendige schlüssig werden, insbesondere soweit gemeindliche und private Grundstücke in Frage kommen.

Es bleibt abzuwarten, welche weiteren Teile der Innauen die Staatsforstverwaltung noch zur Verfügung stellen will. Es wird viel davon gesprochen, daß, wenn die Innauen abgeholzt würden, eine Klimaänderung eintreten könnte. Es ist vom Erler Wind die Rede, der vom Berg her kommen und das ganze Gelände, sogar den Boden, mitnehmen würde. Rein technisch hätte ja daran gedacht werden können, die Auen vollständig abzuholzen. Aber ein Teil muß ja, wie schon erwähnt, zur Holznutzung für kleinbäuerliche Besitzer reserviert bleiben. Niemand wird ferner die zum Teil vorhandenen wirklich guten Bestände an kanadischen Pappeln und an Eschen abholzen wollen. Die Gefahr ist umso weniger zu befürchten, als die Tiroler Erfahrungen gezeigt haben, daß die landwirtschaftliche Nutzung der Innauen, die von Innsbruck bis Ruffstein restlos durchgeführt ist, keine Klimaänderung bewirkt hat, sondern daß im Gegenteil die Tiroler auf ihren Grundstücken dort sehr schöne Viehweiden und Acker haben. Und soweit auf deutscher Seite bereits kultiviert ist, sind auch hier die teilweise alten Kulturflächen im Ertrag durchaus befriedigend. Es befinden sich dort tadellose Wiesen und, soweit Getreide gebaut wird, sehr schöne Getreidebestände und schöne Kartoffelfelder. Versuche, die mit Gemüseanbau gemacht wurden, haben gezeigt, daß sämtliche Gemüsesorten einen sehr guten Ertrag liefern.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen weitere Ausführungen ersparen und zum Schluß kommen. Alle Redner stimmten diesem Antrag auf Beilage 995 zu. Er fand schließlich unter Ersetzung des Wortes

(Braum [CSU])

„geeigneten“ durch das Wort „bestgeeigneten“ einstimmige Annahme.

Der Zusatzantrag Huber Sebastian betreffend Ausdehnung des Antrags auf die Landkreise Mühldorf und Altötting wurde in folgender Fassung angenommen:

Die Staatsregierung wird ersucht, bis 1. Juni dieses Jahres auch zu prüfen, welches Gelände am Innlauf unterhalb Rosenheim für Kolonisationszwecke besonders geeignet ist.

Ich bitte um Zustimmung zu diesen Anträgen.

I. Vizepräsident: Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag gehört.

Wer für diesen Antrag ist, der wolle sich vom Platz erheben. — Danke. — Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zu dem Antrag der Abgeordneten Kiene und Genossen betreffend Förderung und Steigerung des Gemüsebaues (Beilage 1108).

An Stelle des erkrankten Abgeordneten Fischer Wilhelm erstattet der Abgeordnete Kiene den Bericht.

Kiene (SPD) [Berichterstatter]: Der Antrag betreffend Förderung und Steigerung des Gemüsebaues ist in Beilage 1064 abgedruckt. Er lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wolle sofort mit den zuständigen Berufsorganisationen zur Förderung und Steigerung der Frühgemüseerzeugung die notwendigen Schritte unternehmen.
2. Der Heizungsbedarf für Treibhäuser ist bevorzugt sicherzustellen.
3. Für den Freilandbau sind Sämereien, Pflanzen, Kunstdünger und Gerätschaften in erhöhtem Maße zu beschaffen.
4. Zur Steigerung und Förderung des Gemüsebaues sind im Etat des Staatsministeriums 500 000 Mark einzusetzen.
5. Die entsprechenden Grundsätze hierzu sind vom Ministerium alsbald vorzulegen.

Der Berichterstatter und der Mitberichterstatter äußerten sich zu dem vorliegenden Antrag in bejahendem Sinn. Es wurde nur vorgeschlagen, an Stelle der ursprünglichen Ziffer 2 folgende neue Ziffer 2 einzufügen, wie sie Ihnen auf Beilage 1108 vorliegt:

Der Bedarf an Material für Instandhaltung und Wiederherstellung der Treibhäuser (Holz, Eisen, Glas usw.) ist bevorzugt sicherzustellen bzw. zu gewähren. Die zuständigen Landesstellen sind hierauf besonders hinzuweisen.

In der Aussprache wurde eine ziemlich heftige Kritik am Gemüsewirtschaftsverband geübt. Die Kritik dehnte sich dann auch auf die anderen Wirtschaftsverbände aus und die allgemeine Unzufriedenheit äußerte sich in einer Form, die wohl dazu nötigen wird, demnächst die Frage der Wirtschaftsverbände gründlich zu untersuchen und einer Lösung im Sinne eines bereits früher gestellten Antrags zuzuführen,

wonach diese Wirtschaftsverbände in das Ernährungsministerium bzw. in den Verantwortungsbereich des Ernährungsministeriums eingegliedert werden müssen.

Gegen den Antrag selbst wurden keinerlei Einwendungen erhoben. Namens des Ausschusses beantrage ich die Annahme in der bekanntgegebenen Fassung.

I. Vizepräsident: Zur Aussprache ist niemand gemeldet. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für diesen Antrag ist, der bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke.

Ich stelle die einstimmige Annahme durch das Haus fest.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zu dem Antrag der Abgeordneten Piechl und Genossen betreffend Aufhebung des Bierstübverbots (Beilage 1106).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Piechl. Ich erteile ihm das Wort.

Piechl (CSU) [Berichterstatter]: Der Antrag ist in Beilage 1072 abgedruckt und lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen, bei der Militärregierung wegen Aufhebung des Bierstübverbots vorstellig zu werden. Das von der Militärregierung ausgesprochene Stübverbot bringt in den nächsten Wochen das gesamte rund 2000 Betriebe umfassende Braugewerbe zum Erliegen. Die bayerischen Brauereien sind aber mit ihren Bierersatzgetränken heute die nahezu ausschließlichen Träger unserer Getränkeversorgung, da wir im Gegensatz zu den übrigen Ländern der Bizone mangels der nötigen Roh- und Grundstoffe nicht auf andere Ersatzgetränke ausweichen können.

Der Berichterstatter führte zur Begründung des Antrags aus: Die von den Brauereien zur Sicherstellung einer äußerst bescheidenen Getränkeversorgung benötigten 19 000 Tonnen Gerste — im Jahr 1939 waren es 380 000 Tonnen — werden bei der Durchführung des Stübverbots keineswegs eingespart werden. Unkontrollierbares Hausbrauen und Gerstefütterung zum Ausgleich der fehlenden Brauereiabfälle werden im Gegenteil eine größere Gerstenmenge der Bewirtschaftung entziehen. Dazu gesellt sich noch eine empfindliche Schmälerung unserer Fetterzeugung durch zwangsläufig erhöhten Milchverbrauch der landwirtschaftlichen Arbeiter und durch Wegfall der dem Milchertrag steigenden Brauereiabfallprodukte. Die Herstellung eines Bierersatzgetränkes bedeutet deshalb, was wissenschaftlich einwandfrei nachgewiesen ist, keinen Verlust, sondern einen Gewinnposten in der Bilanz unserer Ernährungswirtschaft. Wenn sich die Militärregierung trotzdem nicht in der Lage sehen sollte, diese 19 000 Tonnen Gerste für Brauereizwecke freizugeben, wobei noch auf die überragende steuerwirtschaftliche und exportpolitische Bedeutung des bodenständigen Brauereigewerbes hinzuweisen ist, so wird vorgeschlagen, wenigstens für die Übergangszeit bis zur neuen Ernte eine gewisse Menge von Gerste aus dem Kaffee-Ersatz-Kontingent abzuzweigen, das mit 32 000 Tonnen Gerste ausreichend dotiert ist. Zum Kaffeemachen wird soviel Gerste verwendet und für Bier soll nichts hergegeben werden.

(Piechl [CSU])

In einem Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ stand, daß in Amerika die Bierherstellung reduziert wurde. Das ist nicht richtig. Gouverneur von Washington hat erklärt, daß sich in Amerika die Brauereien eingeschränkt haben und der amerikanische Steuerzahler es nicht verstehen könnte, wenn in Bayern mehr Bier hergestellt würde. Zunächst einmal bedeutet für Bayern Bier kein Genußmittel, sondern ein Nahrungsmittel. Und ferner steht fest, daß in Amerika die Bierherstellung bedeutend erhöht wurde. Wenn daher von seiten der Amerikaner erklärt wird, daß in Amerika der Biergenuß eingeschränkt wird, so wird an Hand von statistischem Material nachzuweisen sein, daß das nicht ganz richtig ist.

Der Mitberichtersteller wies ergänzend auf den Charakter der Brauereien als Spezialbetriebe hin. Wenn ein solcher Betrieb eine Zeitlang stillliegt und die Apparate verrosten, wird ein volkswirtschaftlicher Schaden von Milliardenhöhe entstehen. Bei einer Temperatur von 65 Grad am Porzellanofen kann zudem ein Porzellanarbeiter keine Leistung vollbringen, wenn er nur Wasser zu trinken bekommt; er wird einfach schlapp werden. Hier muß den Amerikanern einmal erklärt werden, daß, wenn sie auf der einen Seite eine Leistung von uns wünschen, sie auch auf dem Ernährungs- und Getränkefaktor Einsicht üben und auch das Bierverbot zurücknehmen sollten.

Der Vorsitzende stellte das Einverständnis des Ausschusses mit dem Verzicht auf jede weitere Diskussion fest.

Der Antrag Piechl und Genossen betreffend Aufhebung des Bierjudverbots wurde sodann debattiert und widerspruchlos in unveränderter Weise angenommen.

Ich gestatte mir, im Anschluß an meine Berichtserstattung einige Bemerkungen zu machen. Die bayerische Brauereiindustrie umfaßt 2000 Betriebe. Sie beschäftigt 28000 Arbeiter. In den Gaststätten sind etwa 130000 Arbeiter, Angestellte etc. beschäftigt. Die deutschen Brauereien, insbesondere die bayerischen und die Münchener Brauereien, haben von jeher Weltrenomee; die bayerischen Biere sind nicht bloß in Amerika, sondern sogar in Australien und in Japan getrunken worden. Das erhellt mehr als viele Zahlen, was die bayerischen Brauereien auf diesem Gebiet geleistet haben.

Bereits in den Ausschußverhandlungen wurde festgestellt, daß es völlig abwegig sei, immer zu sagen, das Bier sei bei uns ein Genußmittel; das Bier ist bei uns in Bayern Nahrungsmittel. Das muß eindeutig festgestellt werden, und das soll auch drüben in Amerika, soweit es geht, bekannt gemacht werden. Wir haben bei uns in Bayern keinen Süßstoff; wir haben viel zu wenig Zucker; wir haben bei uns auch nicht Most, wie in anderen Gegenden, zum Beispiel in Württemberg. Wir sind nur auf das Bier angewiesen.

Wenn die Bierherstellung vollständig eingestellt wird, dann werden die Hausbrauer und die Schwarzbrauer das beste Geschäft machen. Durch die Prohibition ist festgestellt, daß auch in Amerika, als das Alkoholverbot ausgesprochen war, trotzdem sehr viel Alkohol hergestellt wurde. Bei diesem Getränk handelt es sich aber nicht um ein alkoholisches

Getränk, sondern um ein ganz gewöhnliches Ersatzgetränk, bei dem keiner in die Verlegenheit kommen kann, einmal einen Rausch zu bekommen.

(Sehr richtig!)

Wenn die Brauereiabfälle fehlen, so geht auch der Milchsertrag zurück und damit auch die Erzeugung von Fett. Infolgedessen muß dieses Problem auch von dieser Seite her beleuchtet werden.

Einwandfrei, und zwar wissenschaftlich, ist festgestellt worden, daß durch die Herstellung dieses Ersatzgetränkes kalorienmäßig kein Nachteil, sondern eher ein Vorteil hinsichtlich der Herstellung von Brot eintritt. Sollte sich z. B. die Militärregierung nicht in der Lage sehen, diese 19000 Tonnen Gerste zur Verfügung zu stellen, so bitten wir, daß von den Getreievorräten, die für die Kaffee-Erzeugung abgezweigt werden, ein erheblicher Teil für die Herstellung dieses Bierersatzgetränkes verwendet wird. Durch die Kaffeeherstellung entstehen steuerpolitisch ganz erhebliche Nachteile. Bei dieser Gelegenheit möchte ich bemerken, daß an Getränkesteuer, Umsatzsteuer und Einkommensteuer 400 bis 500 Millionen Mark im Jahre ausfallen, wenn die Bierherstellung verboten wird. Was das für den Finanzminister bedeutet, das brauche ich nicht näher zu betonen.

Ich habe dann weiter folgendes zu bemerken: Wenn die Behauptung aufgestellt wird, daß in Amerika die Biererzeugung zurückgegangen ist, so muß ich auf die Statistik verweisen, die einwandfrei das Gegenteil von dem ergibt. Der Bierausstoß in den Vereinigten Staaten betrug im Jahre 1938/39 62 Millionen Hektoliter, 1944/45 82 Millionen Hektoliter, 1946/47 über 100 Millionen Hektoliter. Ich glaube, die Militärregierung wird sich den Weg zu den Herzen der bayerischen Bevölkerung dadurch am besten bahnen, daß sie auf die Aufhebung des Bierjudverbots hinarbeitet.

Sie wissen, daß dann, wenn die Maßbetriebe einmal außer Tätigkeit gesetzt werden, schon im ersten Jahr ungeheure Verluste eintreten. Man kann ruhig sagen, daß bei Investierung von 10 Milliarden schon im ersten Jahr ein Verlust von etwa einer Milliarde eintreten wird.

Bayern hat im Sudjahr 1938/39 15 Millionen Hektoliter Bier mit der gleichen Konzentration erzeugt wie die amerikanischen Brauereien. 1946/47 haben wir 6½ Millionen Hektoliter bei einem Siebentel der Stammwürze des Friedensbiers, also absolut keinem Alkohol, ausgestoßen. Dieses Bier ist alkoholfrei, wie das Nährbier in Amerika, das eine dreimal so hohe Stammwürze hat wie unser Bier und steuerfrei ist.

Durch das Bierjudverbot — das habe ich bereits angedeutet — findet eine Untergrabung der Wirtschaftskraft statt. Wir können es schon aus steuerpolitischen Gründen auf die Dauer nicht ertragen, auf diese Steuerleistungen zu verzichten. Bei dem Etat von 3 Milliarden ist ein Fünftel, ein Sechstel des Steuerertrages aus der Getränkesteuer, der Einkommensteuer etc. ein ganz beachtlicher Posten, der auf andere Weise überhaupt nicht ersetzt werden kann. Wenn in Württemberg und Baden, in Hessen, in der französischen und in der russischen Zone Getränke aus Malz hergestellt werden dürfen, dann würde es die bayerische Bevölkerung niemals verstehen, daß bei uns in Bayern kein Getränk hergestellt werden kann.

(Sehr gut!)

(Siehl [CSU])

Ich glaube, wir in Bayern haben allen Anlaß, dies immer wieder vor die Öffentlichkeit zu bringen.

Ich bitte die Regierung, mit der Militärregierung in Verhandlungen einzutreten und sie zu bitten, daß sie Entgegenkommen zeigt. Sollte es auf andere Weise nicht möglich sein, so bitten wir, daß das Bier auf Brotmarken in Verkehr gebracht werden kann, wodurch dann eine Einsparung auf dem Gebiet der Versorgung mit Brot eintreten kann.

(Bravorufe und Zustimmung bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Hohes Haus! Zum Wort ist niemand mehr gemeldet.

Ich möchte den Antrag wegen seiner Wichtigkeit gerade für Bayern noch einmal zur Verlesung bringen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen, bei der Militärregierung wegen Aufhebung des Biersubverbots vorstellig zu werden. Das von der Militärregierung ausgesprochene Subverbot bringt in den nächsten Wochen das gesamte rund 2000 Betriebe umfassende Braugewerbe zum Erliegen. Die bayerischen Brauereien sind aber mit ihren Biererfärgetränken heute die nahezu ausschließlichen Träger unserer Getränkeversorgung, da wir im Gegensatz zu den übrigen Ländern der Bizone mangels der nötigen Roh- und Grundstoffe nicht auf andere Ersatzgetränke ausweichen können.

Der Ausschuß empfiehlt einstimmige Annahme. Wer für diesen Antrag ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich danke; ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die einstimmige Zustimmung des Hauses fest.

Ich möchte nur bitten, daß diesem Antrag auch seitens der Militärregierung stattgegeben wird.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums des Innern für das Rechnungsjahr 1947.

Die Debatte wird fortgesetzt, und zwar zu dem Kapitel Jugend- und Wohlfahrtspflege.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Beck das Wort.

Dr. Beck (SPD): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, noch einmal darüber zu sprechen, wie schlecht es der bayerischen, der deutschen Jugend heute geht. Es wird langsam zum Gesellschaftsspiel, daß man sich darüber unterhält, wie unglücklich unsere deutsche, unsere bayerische Jugend heute ist. Ich habe mehrmals in diesem Hause zu schildern versucht, welches die wahre Situation der arbeitenden und vor allem der nicht arbeitenden Jugend ist. Es sind dem Hause auch schon eine ganze Reihe Gesetzesvorschläge vorgelegt worden, die zur Bekämpfung des Jugendentums dienen sollen. Fast alle diese Vorlagen mit Ausnahme einiger Gesetze waren Gesetze zur Bekämpfung der Jugend und nicht zur Bekämpfung des Jugendentums. Ich kann nicht feststellen, daß die bayerische Staatsregierung schlechten Willens sei, der Jugend zu helfen. Im Gegenteil; fast jedes einzelne Ministerium hat durchaus den guten Willen, etwas zu tun. Tatsache ist, daß die Kraft eines jeden einzelnen Ministeriums sehr, sehr begrenzt ist, daß Kompetenz-

schwierigkeiten diese Kraft auch bei sehr gutem Willen sehr, sehr bald hemmen.

Der Bayerische Jugendring — und daß es dem Bayerischen Jugendring ernst ist und daß er sachliche Arbeit leisten kann, das hat die Staatsregierung in Dachau ausdrücklich festgestellt — beschäftigt sich mit diesem Problem nun über ein Jahr. Wir haben zunächst einen Antrag ausgearbeitet und haben ihn der Staatsregierung gegeben, damit er verwirklicht werden soll. Mit diesem Antrag ist es sonderbar gegangen. Die Staatsregierung, die den Antrag dem Landtag vorlegen sollte, hat ihn nicht dem Landtag, sondern in Marktredwitz der Parteiversammlung vorgelegt. Die Parteiversammlung, die Landesversammlung, hat ihn angenommen, hat ihn aber niemals eingebracht, weil innerhalb der CSU keine Einigkeit festzustellen war.

(Dr. Hundhammer: Die Staatsregierung hat den Antrag nicht nach Marktredwitz geschickt!)

— Die Staatsregierung hat ihn bekommen,

(Dr. Hundhammer: aber nicht nach Marktredwitz gegeben!)

und er ist von dem Landesvorsitzenden in Marktredwitz vorgelegt worden. Das ist der Gang der Dinge; Herr Minister, das ist eindeutig.

(Rübler: Das ist für kleine Kinder!)

— Das ist nicht für kleine Kinder; das ist eine Tatsache.

Heute stehen wir vor der Tatsache, daß ein Antrag, der in Marktredwitz einstimmig bei sechs Stimmenthaltungen, wenn die Presse richtig berichtet hat, angenommen wurde, behandelt werden soll. Ich habe mich davon überzeugen lassen, daß die staatsrechtlichen Gründe, die man gegen Errichtung eines neuen Staatssekretariats einwenden kann, stichhaltig sind. Ich habe darum im Landtag einen Antrag eingebracht, einen Staatsbeauftragten möglichst beim Arbeitsministerium zu ernennen, und ich möchte ihn begründen.

Selbstverständlich ist für die Jugendziehung in erster Linie das Staatsministerium für Unterricht und Kultus zuständig. Darüber hinaus dürfte es aber feststehen, daß gerade für die Jugendlichen, die hier gemeint sind, das Staatsministerium für Unterricht und Kultus nicht mehr zuständig sein kann, weil es Jugendliche sind, die der Schulpflicht schon lange entwachsen sind. Nach meiner Meinung ist es das Arbeitsministerium; denn eine ganz einfache Überlegung zeigt, wo die eigentliche Not und das Elend heute zu suchen sind.

Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge brachte vor kurzem eine Statistik über das Lehrstellenverhältnis in Bayern heraus. Da heißt es:

Lehrstellenanwärter insgesamt	45 395
offene Ausbildungsstellen	
— also das Angebot —	10 531
befetzte Ausbildungsstellen	5 736

Was zeigt das? Einmal, daß überhaupt nur ein Drittel, fast ein Viertel der notwendigen Ausbildungsstellen zur Verfügung steht; zweitens, daß trotz der ungeheuren Anzahl der Anwärter noch immer eine ganze Reihe unbefetzter Stellen vorhanden sind. Das liegt daran, daß man zwar einen Lehrling, auch eine Lehrstelle hat, aber einfach keine Zuzugsgenehmigung bekommt; jeder, der mit diesen Fragen zu tun hat, weiß, daß das in 900 von 1000 Fällen zutrifft. Zum anderen

(Dr. Beck [SPD])

Ist es so: Es ist zum Beispiel eine offene Schmiedestelle da. Es sind zehn Lehrlinge vorhanden; aber keiner kann Schmied werden, weil er es physisch nicht leisten kann oder weil er zu diesem Beruf keine Neigung hat. Dann ist diese Lehrstelle natürlich verloren, wenn im gleichen Dorf keiner vorhanden ist, der sie besetzen könnte. Hier muß geplant werden; hier muß eine systematische Tätigkeit einsetzen. Mir ist es gleich, wie das gemacht wird, ob dieser Staatsbeauftragte zum Kultusministerium oder zum Arbeitsministerium kommt. Was mir wichtig ist, ist, daß die vier Stellen, die sich heute mit der Jugendfrage beschäftigen — Kultusministerium, Justizministerium, Innenministerium, Arbeitsministerium —, einen einzigen Impuls bekommen, daß hier von einer Stelle aus eine systematische koordinierende Tätigkeit entfaltet wird, die uns letzten Endes dazu verhilft, dieses Problem zu überwinden.

Sie kennen alle die politische Situation, wie sie heute für die Jugend besteht. Sie wissen, es war 1945 bei der Jugend wie beim Alter eine ehrliche Bereitschaft da, demokratisch zu denken und demokratisch zu leben. Diese Bereitschaft ist bei dem größten Teil der Jugend seit langem in die Brüche gegangen. Es hat eine Nazifizierung unter der Jugend stattgefunden, wie sie in anderen Bevölkerungsschichten kaum denkbar ist. Es gibt nach wie vor einen gesunden Kern der Jugend, der jedem extremen Denken abhold ist. Aber ich möchte auf das eine aufmerksam machen: Wir in Bayern haben einen geringen Verkehr mit der Ostzone, und darum wird ihr propagandistischer Einfluß bei uns auch bis heute noch sehr gering geblieben sein. In der britischen Zone, wo die Verbindungen bedeutend besser sind, wächst heute die FDJ Tag um Tag; und das erklärt sich. Die Ostzonen-FDJ hat z. B. jetzt durch die Justizverwaltung ein neues Jugendstrafgesetz herausgebracht, das nicht mehr Jugendstraf-, sondern Jugenderziehungsgesetz heißt. Ob es sachlich richtig ist, soll undiskutiert bleiben. Dieses Gesetz ist für einen Großteil der Jugend zunächst einmal fortschrittlich, und es sind auch sehr viel Vorschriften darin, die fortschrittlich sind. Ich glaube, daß das in Bayern auch möglich wäre, möglich wäre dann, wenn man überhaupt an diese Tätigkeit herangehen, wenn man es versuchen und die Kreise heranziehen würde, die für eine solche Arbeit die notwendigen bisherigen praktischen Erfolge und die notwendigen theoretischen Kenntnisse mitbringen. Es ist nicht so, daß man in Bayern hier einfach reaktionär wäre; nur fehlt das, was in der Ostzone vorhanden ist: eine zentrale gelenkte Stelle. Natürlich sind es dort parteipolitische Gründe, sind es propagandistische Gründe. Es ist sehr, sehr fraglich, ob dieses fortschrittliche Jugendgesetz für die Jugendlichen gilt, die im Uranbergbau im Erzgebirge beschäftigt sind. Wahrscheinlich wird es dort keine Gültigkeit haben. Wahrscheinlich wird es für die ganze Ostzonenjugend weniger Bedeutung haben, als es werbetechnische Bedeutung nach außen hat. Das ist sehr wahrscheinlich; aber die Tatsache ist zu verzeichnen, daß dadurch ein großer Teil der Jugendlichen heute zur FDJ geht und sagt: Ihr macht zu wenig; die nimmt sich unserer Interessen an!

Wir haben gerade heute früh im Kreise einiger Abgeordneter Eisenbahngespräche der Jugendlichen wiedergegeben. Leute, die aus einem demokratischen Schulungslager kommen, erklärten, daß sie heute hundertprozentiger für den Nationalsozialismus sind, als

sie selbst unter den Nazis waren. Das muß man bedenken; wir dürfen unter keinen Umständen die Augen davor verschließen.

Wir haben in Dachau eine Unmenge von Vorschlägen ausgearbeitet, und jeder einzelne Minister hat uns gesagt: Das ist gut, das ist sehr gut, das gibt zu Bedenken Anlaß. Geschehen ist gar nichts; kein einziges Ministerium hat tatsächlich die Fragen aufgegriffen, hat sie praktisch durchzuführen versucht. Das liegt gar nicht einmal am schlechten Willen des einzelnen Ministers, auch nicht einmal immer am schlechten Willen der Ministerialbürokratie, trotzdem da sehr, sehr viel zu sagen wäre; ich könnte ein Liedchen davon singen, was wir im Bayerischen Jugendring mit der Ministerialbürokratie schon alles erlebt haben. Ich kann hundertprozentig verstehen, daß ein Mann, der heute 60 Jahre ist und der die Jugend in einer Zeit betreut hat, als es in ganz Deutschland sogenannte streunende Jugendliche vielleicht 50 und sogenannte gefährdete Jugendliche vielleicht 1000 gegeben hat, einer derartigen quantitativen Aufstockung des ganzen Problems einfach hilflos gegenübersteht. Das paßt nicht mehr in ihre bisherigen juristischen Paragraphen hinein. Die Herren verstehen nicht mehr, daß dieses Problem heute nicht nur quantitativ gewachsen, sondern für uns ein qualitatives Problem geworden ist.

Ich möchte Sie, meine Herren von der CSU, daher um Zustimmung bitten. Ich habe diesen Antrag bewußt solange nicht gestellt, weil ich wartete, daß die Staatsregierung von sich allein etwas tun würde. Es gibt keine einzige Frage, die weniger die Frage einer Partei wäre, als die Jugendfrage. Ob das meine Partei oder Ihre Partei ist, alle zusammen haben wir nicht mehr als 20 Prozent der Jugend, die sich überhaupt für eine Partei oder für das Parteiensystem interessieren. Die Jugend ist kein Geschäft für irgendeine Partei. Da ist nichts herauszuholen, nicht mit Anträgen da, und nicht mit Anträgen dort. Da ist mit Demagogie oder mit Scheinarbeit nichts zu machen. Der Jugend ist nur dadurch zu helfen, daß sie gesund wird, und das ist die Sache des gesamten Volkes, nicht die einer Partei. Stimmen Sie diesem Antrag zu! Es ist selbstverständlich, daß ein Mann, der Ihrer Partei nahesteht, diesen Posten übernehmen wird; Sie behalten hier sogar die Kontrolle in der Hand. Und wenn feststeht, daß die Tätigkeit eines solchen Staatsbeauftragten auch nicht den gewünschten Erfolg hat, daß damit die Arbeit auch nicht vorwärtsgetrieben werden kann, daß damit die Kräfte nicht besser koordiniert werden können, daß sich das vielleicht nur als eine Bürokratie statt als ein lebendiger Impuls darstellt, dann können wir über das Thema immer noch einmal sprechen und andere Wege suchen. Ich bin mir vollkommen darüber im klaren, daß heute keiner eine Patentlösung vorschlagen kann, die alles deckt. Das ist ein bloßer Versuch. Denn jeder von uns steht dieser Situation vollkommen neu gegenüber, keiner von uns hat daran gedacht, daß dieser Krieg derartige Folgen hinterlassen wird, und wir müssen heute versuchen, die beste Lösung, die sich irgendwie aus der Praxis herauschält, zur Wirklichkeit zu machen.

Das, glaube ich, ist die Situation. Bei dem Antrag fängt es schon gut an. Statt daß er dem hohen Hause vorgelegt werden könnte, befindet er sich zur Zeit irgendwo im Landtagsamt; keiner der Herren weiß augenblicklich, wo er ist, so daß er zum Etat nicht einmal vorgelegt werden kann. Ich kann den Antrag

(Dr. Beck [SPD])

nur aus dem Gedächtnis wiederholen und möchte Sie bitten, Ihre Zustimmung zu geben — nötigenfalls formuliere ich ihn noch einmal schriftlich —:

Die Staatsregierung wird eruchtet, einen Staatsbeauftragten für Jugend und Sport möglichst beim Arbeitsministerium

— die Gründe dafür habe ich Ihnen genannt —

zu ernennen, der die Aufgabe hat, die in den einzelnen Ministerien verstreuten Jugendreferenten und Jugendabteilungen, soweit das technisch möglich ist, zusammenzufassen oder zu koordinieren

dadurch, daß einer in einer einzigen Behörde federführend und anweisend ist.

(Beifall.)

I. Vizepräsident: In der Reihenfolge der Redner folgt der Herr Abgeordnete Kurz.

Kurz (CSU): Mitglieder des hohen Hauses, meine sehr geehrten Damen und Herren! In feiner Statrede hat der Herr Innenminister in tief empfundenen Dankesworten den Organisationen der freien Liebestätigkeit, dem katholischen Caritasverband, dem evangelischen Inneren Mission, dem Bayerischen Roten Kreuz, den wohlfahrtspflegerischen Organisationen der Arbeitnehmer sowie allen anderen in der Wohlfahrtspflege tätigen Einrichtungen und Verbänden, für ihre Tätigkeit und Leistungen auf den verschiedensten Gebieten der Wohlfahrtspflege und Fürsorge die wohlverdiente Anerkennung und den Dank ausgesprochen. Diese ministerielle Dankesabstufung gibt dem katholischen Caritasverband der Erzdiözese München und Freising Veranlassung, den Mitgliedern des hohen Hauses und auch einer breiteren Öffentlichkeit einen Überblick über sein Wirken, aber auch in seine Sorgen zu geben.

Die Ziffern und Zahlen, die Angaben und Einrichtungen und die Leistungen, die ich Ihnen angeben werde, sind die des katholischen Caritasverbandes der Erzdiözese München/Freising; bei einem Überblick über die Leistungen des katholischen Caritasverbandes in Bayern sind diese Zahlen und Ziffern zu versachfachen. Dabei darf ich bemerken, daß von den Aufgaben und Leistungen der freien Wohlfahrtsverbände in Bayern dem katholischen Caritasverband allein rund 60 Prozent zugewiesen sind und daß die Gaben und Leistungen ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu irgendeiner Rasse oder zu irgendeiner Konfession zur Verteilung gebracht werden.

Die Befürchtungen der Leitung des katholischen Caritasverbandes zu Beginn des Jahres 1947, daß die Zahl der hungernden, der frierenden und der notleidenden Menschen, die bei der Caritas Hilfe suchen würden, sich vervielfachen, andererseits aber auch die Möglichkeit der materiellen Hilfe im Einzelfall sich angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland wesentlich verschlechtern würde, haben sich leider allzusehr bewahrheitet. Die Leitung des katholischen Caritasverbandes konnte sich des Ansturms von Not und Elend nur dadurch einigermaßen erwehren, daß sie im Gegensatz zu dem Jahre 1945 und 1946 das Ausmaß der Leistungen im Einzelfall herabsetzen mußte.

Vorweg sei festgestellt, daß ohne die großzügige Hilfe des Auslandes und insbesondere ohne die großzügige Hilfe des Heiligen Stuhls auch nicht annähernd das hätte geleistet werden können, was in Wirklich-

keit geschehen ist. Der Diözesan-Caritasverband München betreut zur Zeit 129 Anstalten und Heime der geschlossenen Fürsorge mit 13 711 Betten, 2159 Ordenskräften und 1219 weltlichen Kräften. 17 Heime wurden während des Jahres 1947 neu eröffnet bzw. nach Behebung der Kriegsschäden wieder in Betrieb genommen; 1148 Betten wurden dadurch neu gewonnen. Dazu kommen noch 170 Kindergärten und Kinderhorte mit über 13 000 Kindern, die täglich wenigstens einmal eine warme Mahlzeit bekommen können. Über 150 Flüchtlings- und Arbeiterlager, davon 130 allein in München, mit über 20 000 Insassen stehen in der Betreuung des Caritasverbandes.

Im Rahmen der offenen Fürsorge bestanden 1947:

73 Rinderspeisungen mit 1 518 814 Essensportionen
54 Volksspeisungen mit 1 264 656 Essensportionen
7 Lehrlingsspeisungen mit 572 571 Essensportionen
81 Pfortenspeisungen mit 468 571 Essensportionen

insgesamt

215 Speisungen mit 3 824 612 Essensportionen.

Im Jahre 1946 wurden 2 620 022 Portionen ausgegeben.

Im einzelnen standen dem Diözesan-Caritasverband für seine Leistungen folgende Spenden zur Verfügung:

Lebensmittel:	1947	1946
An Auslandsliebesgaben:	288 955 kg	221 731 kg
Davon entfallen		
auf den Vatikan	157 866 kg	43 160 kg
auf die USA	49 781 kg	161 426 kg
auf die Schweiz	34 416 kg	7 805 kg
auf das sonstige Ausland	26 892 kg	9 340 kg

Es darf besonders darauf hingewiesen werden, daß sich die Liebesgaben des Heiligen Stuhls auf Grund obiger Aufstellung im Jahre 1947 gegenüber 1946 nahezu vervierfacht haben, während die Liebesgabensendungen an Lebensmitteln aus USA auf ein Viertel des Jahres 1946 gesunken sind.

Es standen sodann an Inlands Spenden zur Verfügung:

	1947	1946
Aus dem Hilfswerk der oberbayerischen Bauern	450 000 kg	1 904 370 kg
zusätzlich wurden legal gekauft	611 000 kg	727 000 kg

Es standen im Jahre 1947

also insgesamt 1 061 000 kg

an Inlands Spenden zur Verfügung.

Es standen somit der katholischen Caritas der Erzdiözese München-Freising für das Jahr 1947 alles in allem 1329 Tonnen Lebensmittel gegenüber 2923 Tonnen im Jahr 1946 zur Verfügung. Während sich dank der großzügigen Hilfe des Heiligen Stuhls die Auslandsliebesgaben gegenüber 1946 im Jahr 1947 um das Vierfache erhöhten, sanken die Spenden an inländischen Lebensmitteln gegenüber dem Vorjahr um mehr als die Hälfte. Letzteres hat seine Ursache aber nicht in der mangelnden Opferbereitschaft unserer oberbayerischen Bauern, sondern in der ausgesprochenen Mißernte des Jahres 1947 und der außerordentlich verschärften staatlichen Lebensmittelerfassung.

Mit den zur Verfügung stehenden Lebensmitteln hat die Caritas im Jahr 1947 nicht weniger als 300 000 Personen, davon 187 000 Flüchtlinge, bedacht, gegenüber 115 000 Personen im Jahre 1946. In der Tatsache, daß im Jahr 1947 sich die Zahl der mit Lebensmitteln bedachten Personen mehr als verdreifacht

(Kurz [CSU])

hat, zeigt sich eindeutig das Ansteigen des Hungers. Wir wollten und mußten helfen und konnten dies leider nur in der Weise, daß wir im Einzelfall vielfach mengenmäßig weniger Lebensmittel zuteilten, als wir dies in den vergangenen Jahren konnten.

Ebenso groß wie die Not um das tägliche Brot, um das tägliche warme Essen ist die Not um Kleidung und Schuhwerk. An Kleidern und Wäsche wurden verteilt:

	1947	1946
An Inlandsspenden	94 844 Stück	127 004 Stück
An Auslandsspenden	30 762 „	103 091 „
insgesamt:	125 606 Stück	230 095 Stück

	1947	1946
Aus Inlandsspenden	6 052 Paar	4 760 Paar
Aus Auslandsspenden	3 824 „	5 152 „
insgesamt:	9 876 Paar	9 919 Paar

Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich die Tatsache, daß die Spenden aus dem Ausland vor allem an Kleidern und Wäsche im Jahre 1947 nicht unwesentlich nachgelassen haben, während das Inland unter Berücksichtigung der nach wie vor trostlosen Produktionslage in seiner Gebefreudigkeit nicht wesentlich nachgelassen hat. Entsprechend dem Spendenergebnis mußte auch die Zahl der Menschen, die mit Kleidern, Wäsche und Schuhen bedacht werden konnten, gegenüber 1946 zurückbleiben. Immerhin wurden über 87 000 Personen, das sind 10 000 weniger als im Jahr 1946, mit Textilien und Schuhen versehen. Selbst diese an sich noch verhältnismäßig hohe Ziffer stellt jedoch kaum ein Drittel der tatsächlichen Bittsteller dar. Die Not an Kleidern, Wäsche und Schuhen ist unvorstellbar groß.

Erfreulich ist schließlich noch die Tatsache, daß die reinen Geldspenden in ihrer Höhe im Jahr 1947 gegenüber 1946 trotz der Verschlechterung der materiellen Lage des Großteils unserer Caritasfreunde und -gönner nicht nur nicht geringer geworden sind, sondern sich sogar noch etwas erhöhten. Insgesamt wurden an Geld 3 178 600 Mark gespendet, gegenüber 3 164 922 Mark im Jahre 1946.

Aus diesen wenigen Zahlen ergibt sich ein Bild, das trotz der beachtlichen Gaben und Leistungen des In- und Auslandes im abgelaufenen Jahr doch zu großen Sorgen und Befürchtungen für die nächste Zukunft Anlaß gibt. Die Zahl der Hilfsbedürftigen steigt von Woche zu Woche mehr an. Die augenblickliche Situation ist so, daß wir mit den Lebensmitteln, vor allem mit hochwertigen, wie Ölen, Fetten, Fleisch und Milch, die so dringend für die Tausende von Kranken und Kindern benötigt werden, tatsächlich am Ende sind. Die Ausichten, vom Inland, von unseren christlichen Bauern in den nächsten Monaten weitere Lebensmittel in nennenswertem Ausmaß zu bekommen, sind angesichts der nunmehr einsetzenden besonders scharfen Erfassung der kontingentierten Lebensmittel — ich weise hin auf das Speisekammergesetz — sehr gering. Mehr denn je müssen wir uns daher in unserer Not um Hilfe an das Ausland wenden und sie von dort erbitten. Das gleiche gilt auch bezüglich der Textilien und des Schuhwerks.

Dem Wunsch und Willen der Leitung des Caritasverbandes entsprechend, habe ich zu diesem Bericht keine persönlichen Bemerkungen oder Erklärungen hinzuzufügen.

I. Vizepräsident: Wir sind nun mit dem Kapitel Wohlfahrtspflege und Jugendwohlfahrt fertig. Wir kommen zum nächsten Kapitel: Flüchtlingswesen.

Ich erteile das Wort dem Herrn Staatssekretär Saenicke.

Staatssekretär Saenicke: Hohes Haus! Als die Staatsmänner der Alliierten in Malta und Potsdam die Beschlüsse faßten, die Deutschen aus einer Reihe von Ländern nach Deutschland auszusiedeln, war zweifellos einer ihrer Motive, Konfliktstoffe für die Zukunft aus der Welt zu schaffen. Aber die Art und Weise der Aussiedlung ist von keinem geringeren als dem jetzigen Außenminister Englands, Bevin, mit folgenden Worten charakterisiert worden:

Seit ich mich im Amt befinde, sehe ich über zwei Millionen Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei fortziehen. Ich sehe Millionen Menschen von Ort zu Ort gejagt, und wer immer schuldig oder unschuldig sein mag, ich vermag aus meinem Sinn nicht die Überzeugung herauszubringen, daß einfache Männer und Frauen niemals für einen Krieg verantwortlich sind. Diese Frage des Auspielens einer Nation gegen die andere ist, wie ich glaube, eine der größten Schrecklichkeiten, die sich in den letzten 20 oder 40 Jahren entwickelten.

Und eine sehr schwerwiegende amerikanische Stimme, die Stimme von Anna O'Hare Mc. Cormick, der angesehensten maßvollen Journalistin der Vereinigten Staaten kritisiert die Art dieser Umsiedlung folgendermaßen:

Die Skala dieser Umsiedlung, die Bedingungen unter denen sie stattfindet, sind ohne Beispiel in der Geschichte (New York Times vom 23. 10. 46).

Wenn die alliierten Staatsmänner sich hätten vorstellen können, mit welchem Gewicht diese wandernde Masse hilfloser Menschen auf sie selbst zurückfällt, würden sie nicht so bereitwillig die moralische und historische Verantwortung für diese Entscheidung übernommen haben (New York Times vom 13. 11. 46).

Es ist nicht meine Absicht, Sie, meine Damen und Herren, mit der Fülle der Sorgen, die die Verwaltung des Flüchtlingswesens mit sich bringt, heute zu belasten. Dennoch möchte ich die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, um Ihnen einmal einiges von dem Schicksal der 14 Millionen Menschen zu sagen, die innerhalb kürzester Frist, oft innerhalb 15 Minuten, alles verlassen mußten, was ihnen lieb und teuer war an Gegenständen, an Erinnerungsstücken, an Bildern von Angehörigen, auch an Gräbern ihrer liebsten Menschen. Alles, was in einem Menschenleben mühsam aufgebaut und geschaffen worden ist: Landbesitz, der von den Vorfahren durch viele Jahrhunderte ererbt war, Fabriken, von den Vätern und Großvätern für die Kinder und Nachkommenschaft geschaffen, die Ersparnisse für die Ausbildung der Kinder, Ersparnisse für den eigenen Lebensabend, alles in wenigen Minuten zurücklassen zu müssen, wozu ein Schicksal! Und wie kamen sie hier an? Über eine Million Menschen sind aus dem Sudetenland hierhergekommen mit 50 Kilogramm Gepäck als gesamtem Hab und Gut und 500 Mark Ausweisungsgeld. Aber über 200 000 haben auch das nicht mitnehmen dürfen, und über eine halbe Million aus den deutschen Gebieten östlich der Oder und Neiße ist ohne jegliches Gepäck, ohne jedes Bargeld, nur mit dem, was sie an Fetzen nach vielen Strapazen auf dem Leibe trugen, in unser Land gekommen.

(Staatssekretär Jaenicke)

Alles ist für sie verloren: Ersparnisse, Guthaben, Versicherungen, sie existieren für sie einfach nicht mehr. Wir dürfen freilich niemals vergessen, daß der dämonische Mensch, der uns zwölf Jahre regiert hat, mit der Verschleppung von 18 Millionen Fremdarbeitern und der aus politischen Gründen erfolgten Heim-ins-Reich-Bewegung die Gleichsetzung von Menschen mit Schachfiguren begonnen hat und daß das alles ein Echo seiner Handlungen ist. Freilich wird ein Unrecht dadurch, daß man es wiederholt, niemals zum Recht.

Nun darf ich auf den Bericht, den ich dem hohen Haus gedruckt vorgelegt habe, Bezug nehmen, um meinen Vortrag abzukürzen. Ich möchte aber doch auf verschiedene wichtige Punkte dieses Berichtes noch im einzelnen eingehen. Zunächst einmal die Zahlen, die für Sie am interessantesten sind.

Am 1. Januar 1948 sind in Bayern — und dies ist eine Zahl, die viele von Ihnen vielleicht überraschen wird — bei einer Einwohnerzahl von 9 Millionen Menschen 2,8 Millionen Ortsfremde gewesen, das heißt also einschließlich der bayerischen Evakuierten, 2 800 000 Menschen, die anormal wohnen, die nicht in ihren sonstigen regulären Behausungen sich befinden. Es sind von den bayerischen Evakuierten aus den zerstörten Städten Bayerns noch immer vorhanden — ich nenne nur die runden Zahlen, da sich diese leichter einprägen — 328 000, während die Evakuierten aus den norddeutschen Gebieten und dem übrigen Deutschland von ursprünglich 600 000 auf 292 000 zurückgegangen sind. Die Rückführung dieser Evakuierten war bereits begonnen, als sie von der britischen und amerikanischen Militärregierung gestoppt wurde, und sie durfte bis zum heutigen Tag nicht wieder aufgenommen werden. Wir haben ferner noch Ausländer hier in Bayern, und zwar fast die Hälfte aller Ausländer der ganzen US-Zone, nicht weniger als 357 000, von denen sich etwa die Hälfte in den UNRRA- oder IRO-Lagern, die andere Hälfte in Wohnungen befindet. Zu diesen Zahlen kommen noch 1 800 000 Ausgewiesene. Im Laufe dieses Berichtsjahrs sind ferner noch im Wege der Zugungenehmigung und der Familienzusammenführung — dabei wurden nur Eltern und Ehegatten, die getrennt sind, und unverfögte Kinder berücksichtigt — 55 600 Menschen hierher gekommen. Diese Zahl umfaßt aber nicht nur diejenigen, die im Wege der Familienzusammenführung hierher kamen, sondern auch die Facharbeiter, die wir aus wirtschaftlichen Gründen hergezogen haben, und die rassistisch und politisch Verfolgten. Alles in allem haben wir im Jahr 1947 mit den Kriegsgefangenen und den eben angeführten Personen noch 127 000 Menschen wieder mehr nach Bayern bekommen.

Zu diesem Problem kommt als außerordentlich schwieriges Problem das der Grenzgänger hinzu. Das Problem der Grenzgänger ist ein Problem, das alle deutschen Länder in den Westgebieten auf das äußerste bedrängt. Es ist das unaufhörliche Herüberblickern von Menschen aus der russischen Zone und durch Österreich aus Jugoslawien und Rumänien in unser Land. Wir haben nicht die Möglichkeit, alle diese Menschen zurückzuschicken, aus dem einfachen Grund, weil die russische Zone sie nur unter bestimmten Bedingungen, die schwer zu erfüllen sind, überhaupt wieder aufnimmt, und wir müssen auch ein gewisses Asylrecht ausüben denjenigen gegenüber, die nachweisen können, daß ihr Bleiben dort sie gefährdet.

Es ist bisher der bayerischen Flüchtlingsverwaltung gelungen, über 1 100 000 Menschen in Einzelquartieren unterzubringen. Es bleiben aber noch die Erscheinung der Wohnlager und die Erscheinung der Massenlager. In Wohnlagern, das heißt in Baracken, Hotels, Pensionen, Schlössern, mit zum Teil schon getrennten Familienunterkünften, sind zur Zeit noch 45 000 Flüchtlinge untergebracht, und in Massenlagern, das heißt in Lagern, wo in einem Raum eine Reihe von Menschen zusammenhaust, sind immer noch 18 000 Flüchtlinge vorhanden, also bei einer Zahl von 1 800 000 echten Flüchtlingen 1 Prozent. Die Verwaltung ist bemüht, in diesem Jahr die völlige Auflösung dieser unmöglichen Massenlager zu erreichen. Es ist heute schon in Bayern überaus schwer, überhaupt noch Wohnraum zu gewinnen; denn es ist immer mehr und mehr in Erscheinung getreten, daß der Wohnraum an sich nicht genügt; er muß auch zum Wohnen geeignet sein, er muß vor allem heizbar sein. Als einzige Lösung dieses Problems bleibt immer wieder nur das eine Wort: Bauen, bauen und nochmals bauen!

Ich möchte nur noch im Zusammenhang mit der Erfassung des Wohnraums auf eine Einrichtung hinweisen, die wir auf Anordnung der Militärregierung geschaffen haben, und die wenig beliebt ist. Es sind die sogenannten fliegenden Kommissionen, die die Aufgabe haben, unabhängig von örtlichen Behörden den Wohnraum noch einmal durchzukämmen und leeren Wohnraum zu erfassen. Diese Kolonnen sind eigentlich hauptsächlich dazu bestimmt, die anständigen Bürger gegenüber denjenigen zu schützen, die sich auf alle mögliche, meist auf unerlaubte Weise ihren Verpflichtungen zu entziehen wissen und durch irgendwelche Methoden — Scheinmietverträge oder auf andere Art — verstehen, ihren Wohnraum beizubehalten, während der anständige Bürger seine Räume hergegeben hat.

Der Haushalt für das Flüchtlingswesen sieht für 1947 den Betrag von 307 200 000 Mark vor. Darin sind enthalten 130 Millionen vom Vorjahr, die seinerzeit nicht verausgabt worden sind. Sie sind verwandt worden einmal für einen Vorschuß von je 300 Mark für diejenigen Flüchtlinge, die das von mir erwähnte Ausweisungsgeld von 500 Mark nicht erhalten haben. Es wird immer wieder Kritik daran geübt, daß dieses Ausweisungsgeld nur den sudetendeutschen Flüchtlingen zugute kommt, während den reichsdeutschen Flüchtlingen überhaupt kein Ausweisungsgeld bezahlt wird. Die Ursache für diese Tatsache liegt darin, daß ein Vertrag zwischen den Alliierten und der tschechoslowakischen Regierung besteht, der dieses Ausweisungsgeld anordnet, während ein Vertrag zwischen den Alliierten und der polnischen oder russischen Regierung nicht besteht. Wir haben also in Bayern bereits 12 Millionen Mark für 40 000 Flüchtlinge ausgegeben, die bei der ersten Erfassung dieses Ausweisungsgeld nicht bekommen haben. Es hat sich aber bei näherer Prüfung herausgestellt, daß der Kreis der Personen, die dieses Geld nicht bekommen haben, wesentlich größer ist, so daß mit einem Gesamtbetrag von 62 Millionen zu rechnen sein wird. Im ganzen werden von Bayern 106 Millionen Mark aufgebracht an Fürsorgegeldern, die den Flüchtlingen zugute kommen. Natürlich ist ein Fürsorgegesetz von 30 bis 48 Mark im Monat für jemand, der ohne jeden Hausrat, ohne irgendeine Kleiderreserve, kurzum, der eben so ankommt, wie ich vorhin geschildert habe, ein

(Staatssekretär Jaenicke)

Betrag, mit dem er nicht auskommen kann. Deshalb ist es sehr wichtig, zu sehen, ob die Flüchtlinge tatsächlich in den Arbeitsprozeß eingegliedert sind oder nicht. Ich komme nachher noch mit deutlichen Zahlen darauf zu sprechen.

Die Vertretung der Flüchtlinge ist durch das Flüchtlingsgesetz festgelegt, das im vergangenen Jahr als das erste deutsche und als beispielgebendes Gesetz von Bayern ausgegangen ist, und dessen Durchführungsbestimmungen auch wieder in Bayern als dem ersten deutschen Land erlassen worden sind.

(Hört, hört!)

Am Zustandekommen von solchen Gesetzen für die US-Zone ist nach meiner Berechnung die Zustimmung von etwa 48 Stellen erforderlich, da nicht nur alle Ministerien der süddeutschen Länder, sondern auch die einzelnen Abteilungen der süddeutschen Militärregierung und schließlich die Ausschüsse des Länderrats und die Abteilungen von OMGUS in Berlin beteiligt sind, bis ein solches Generalgesetz für die gesamte Westzone zustandekommt. Ich erwähne dies, weil sich zuweilen Kritik daran knüpft, daß die Sachen solange dauern. Es ist mit 3½ Monaten außerordentlich schnell gegangen, nach denen die Durchführungsbestimmungen dem Gesetz folgten. Wir haben ferner in Bayern ein Unikum in der Vertretung der Flüchtlinge durch das Vorhandensein des Hauptausschusses. Der Hauptausschuß ist gewissermaßen ein kleines Flüchtlingsparlament. Er umfaßt von der Rechten bis zu der kommunistischen Partei alle Parteien und wird vom bayerischen Staat finanziert. Er ist beteiligt an der Ausarbeitung aller Gesetze und Verordnungen und wird bei einschneidenden Maßnahmen immer gehört. Ich glaube, daß sich diese Einrichtung bisher sehr gut bewährt hat, daß wir damit gut vorwärts gekommen sind, schon allein dadurch, daß die Flüchtlinge wissen, daß sie eine solche Vertretung haben.

Die zweite Vertretung der Flüchtlinge ist durch das Flüchtlingsgesetz selbst gekommen: Die Beiräte beim Staatssekretär und bei den Regierungspräsidenten und die Flüchtlingsausschüsse, bei denen die Hälfte Flüchtlinge, die Hälfte Einheimische sind, während bei den erstgenannten Beiräten nur 25 Prozent Flüchtlinge sind. Das Flüchtlingsgesetz hat natürlich auch Kritik gefunden, aber soviel kann man doch heute sagen: Es ist die erste rechtliche Grundlage für die Stellung der Flüchtlinge überhaupt.

Der weitere Fortschritt, den wir in diesem Jahr gemacht haben, besteht darin, daß mit der Auszahlung von Renten an die Flüchtlinge, freilich in einem bescheidenen Ausmaß, angefangen wurde. Insbesondere ist das Flüchtlingsrentengesetz zustande gekommen, das uns auf der anderen Seite wieder in den Fürsorgefällen eine Erleichterung bringt.

Am „Tag der Flüchtlinge“, am 1. Juni 1947 — ich möchte das hervorheben, weil das, was ich die Ehre habe, dem hohen Haus vorzutragen, eine Betrachtung für den späteren Historiker sein wird — hat dieses Land, also an einem einzigen Tag, 8 Millionen Mark für die Flüchtlinge gesammelt. Wenn Sie bei einer Bevölkerung von 9 Millionen rund 2 Millionen Flüchtlinge abziehen, ist tatsächlich auf den Kopf der Bevölkerung eine Mark gekommen. Ich will das erwähnen, weil ich es für meine Pflicht halte, alles hervorzuheben, was geeignet ist, den Gegensatz zwischen den

Einheimischen und den Neubürgern zu überbrücken.

(Bravo!)

Die Flüchtlingsverwaltung hat ferner — auch darauf kann man stolz sein — seit dem 15. Dezember 1945, also in der Zeit meiner Amtsführung, 348 Anstalten — Krankenhäuser, Heime, Verkehrsheime, Entbindungsanstalten, Kinderbetreuungs- und Tuberkuloseheime — geschaffen. Das wäre unmöglich gewesen bei der heutigen Zeit, wo sie kein Bett und keinen Schrank bekommen, wenn nicht die karitativen Verbände in einer geradezu mustergültigen Weise geholfen hätten. Ohne die Mitarbeit der karitativen Verbände wäre überhaupt das Flüchtlingswesen gar nicht denkbar.

Eine neue große Aufgabe haben wir bekommen mit der Rückkehr der Kriegsgefangenen. Wir haben sofort zunächst einmal vier Rußlandheimkehrerheime geschaffen, und weitere 15 Heime, die von den Wohlfahrtsverbänden angeregt wurden, sind in Angriff genommen. Auch Jugendschutzorganisationen wurden eingerichtet, und die Landesjugendämter Schwaben und Oberfranken haben mit Unterstützung der Flüchtlingsverwaltung für heimatlose Jugendliche zwischen dem 15. und 21. Lebensjahr Heime und Lager geschaffen, die dazu bestimmt sind, das ziellose Vagabundieren der Jugend zu beenden. Wir haben auch Kindergärten, und zwar 65 Lagerkindergärten, eingerichtet, und endlich sind große Ferienlager in Mittelfranken für 650 Kinder entstanden. Im Regierungsbezirk Schwaben ist durch abwechselnde Erholungskuren für 2000 Kinder die Möglichkeit einer Erholung und Gesundung geschaffen worden. Schließlich können seit Dezember 1947 für minderbemittelte Jugendliche Erziehungsbeihilfen ausgezahlt werden. Die Abteilung Wohlfahrtswesen im Innenministerium hat in diesem Jahr 3 Millionen Mark für diesen Zweck bereitgestellt.

Nun komme ich zu dem zweiten großen Abschnitt, in den wir jetzt eintreten, nachdem die Flüchtlinge gekommen und einigermaßen untergebracht sind. Es ist das ihre Eingliederung in das Wirtschaftsleben. Ich möchte Ihnen nun die Zahlen nennen, die ich vorhin schon angedeutet habe. Arbeiten denn die Flüchtlinge? Hören Sie bitte die Zahlen! Es haben sich in Bayern Ende Dezember 1947 in der Gesamtbevölkerung 2,3 Millionen Arbeiter und Angestellte befunden, darunter 529 000 Flüchtlinge, also 22 Prozent. Wenn wir mit 20 Prozent Flüchtlingen rechnen, die überhaupt in Frage kommen, ist das ein erfreuliches Ergebnis. Insgesamt sind nur 64 000 Flüchtlinge ohne Arbeit. Ein großer Teil dieser Arbeitslosigkeit findet jedoch seine Erklärung im dem Mangel an Wohnraum und Kleidung. Es sind Industrien da und Gewerbe, es sind die Rohstoffe und die Maschinen vorhanden, so daß gearbeitet werden könnte, es fehlt aber an Wohnraum, um die Arbeiter, die auch vorhanden sind, unterzubringen. Die Entwicklung ist auch hier sehr ungünstlich. Noch vor dreiviertel Jahren habe ich von meinem verehrten Kollegen Fischer monatlich 100 Baracken geliefert bekommen, die ich der Industrie zur Verfügung stellen konnte, um so sowohl den Menschen eine Wohnung als der Industrie Beschäftigung zu geben. Heute bekomme ich keine einzige Baracke mehr, weil die Holzzuteilungen für Bayern so kläglich sind, daß es nicht mehr möglich ist, Baracken zu liefern.

Was die Siedlung betrifft, so muß ich auch an dieser Stelle darauf hinweisen, daß es nicht in mein

(Staatssekretär **Joenicke**)

Ressort fällt, Siedlung zu betreiben, sondern daß die Siedlung eine Angelegenheit des Landwirtschafts- und des Arbeitsministeriums ist. Ich habe nur mitzuwirken bei der Behebung von Notständen, immer aber nur im Einvernehmen mit den zuständigen Ministerien. Hier ist aber auch der Mangel an Baustoffen und Geräten ein großes Hindernis. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß dieser Mangel im kommenden Jahr unter allen Umständen beseitigt werden muß. Wir müssen uns damit abfinden, daß wir ohne Ziegel bauen in Lehmbaumweise, und wir müssen auch Mittel und Wege finden, das Handwerkszeug, das dazu nötig ist, herbeizuschaffen. Wir müssen den Flüchtlingen in diesem Jahre Siedlungen geben. Ich darf mit großer Freude sagen, daß der Ausschuß, den der Landtag im Herbst eingesetzt hat, 13 große Siedlungsvorhaben in Bayern ausfindig gemacht hat, meist im Anschluß an vorhandene Anlagen der Wehrmacht. Diese 13 Voranschläge sind dem Landtag bereits zugegangen, und ich spreche die dringende Bitte aus, sie so rasch wie möglich zu verabschieden, damit in dem Augenblick, wo der Frost aufhört, der Spaten in den Boden gesenkt werden kann. Ich glaube, sagen zu dürfen, daß alle Mitglieder dieser Kommission tief empfunden haben, was die Flüchtlinge schon aus eigener Kraft an industriellen und gewerblichen Anlagen geleistet haben. Es ist wirklich ein nicht nur erfreulicher, sondern tröstlicher Anblick, wenn man in diesen zerstörten Bunkern der Wehrmachtanlagen tadellose Fabriken findet, die man wirklich nicht vermutet, und überall Menschen, die einem nur sagen: Geben Sie uns Wohnraum für die Arbeiter, dann kann ich meinen Betrieb verdoppeln und verdreifachen. Es werden von mir jetzt schon mehr als 1900 größere Flüchtlingsbetriebe betreut. Das Finanzministerium hat erfreulicherweise eine Kredithilfe von 25 Millionen, die der Landtag bewilligt hat, zur Verfügung gestellt.

Das Genossenschaftswesen ist gleichfalls im Werden begriffen, aber auch da ist immer wieder am Schluß das eine Wort: Bauen, bauen und nochmals bauen! die einzige Lösung.

Die Grundlage für die Errichtung gewerblicher Betriebe ist durch ein Einvernehmen zwischen Wirtschaftsministerium und Staatssekretariat außerordentlich verbessert worden. Wir haben 5681 Gewerbe-lizenzen erteilt. Trotzdem muß ich an dieser Stelle sagen: Es ist notwendig, daß der Gedanke des Konkurrenzneids in der Genehmigung und Zustimmung der örtlichen Instanzen weniger in den Vordergrund tritt. Wir müssen uns da einfach ein Rechenexempel vorlegen. Es ist für eine Mehrbevölkerung, wie ich sie vorhin aufgezeigt habe, auch notwendig, daß man mehr Handwerker in allen Berufen bekommt, die für die Bevölkerung nötig sind. Es ist ja doch heute so, daß man beim Schuster monatelang warten muß, um eine Reparatur zu bekommen, während es foundsso viele Schuhmacher in Flüchtlingskreisen gibt, die immer noch auf die Genehmigung ihres Handwerks warten.

Von den freien Berufen haben am besten ab-geschnitten die Tierärzte; sie sind eigentlich fast alle untergekommen. Bei den Ärzten sind von 1287 Gesuchstellern bisher 660 Flüchtlingsärzte in Praxis

gekommen. Bei den Apothekern ist es auch so, daß sie fast alle wieder in ihrem Beruf stehen, allerdings nur sehr wenige als selbständige Apotheker. Den Rechtsanwälten wurde durch das Justizministerium die freie Niederlassung zugesichert, und von 206 Rechtsanwälten aus den deutschen Ostgebieten und dem Sudetenland wurden bisher 141 zugelassen. Richter, Staatsanwälte und Notare haben gleichfalls die Möglichkeit erhalten, sich in ihrem Beruf zu betätigen. Am weitesten vorgeschritten ist hier das Kultusministerium. Dieses hat an Volks- und Oberschulen eine Wiederanstellung genehmigt, so daß bereits über 5000 Lehrer wieder in Tätigkeit gebracht wurden.

Augenblicklich findet eine Feststellung statt, wieviele Beamte und Angestellte aus Flüchtlings- und Evakuiertenkreisen die einzelnen bayerischen Ministerien in ihren Ressorts beschäftigen, und zwar getrennt nach Besoldungsklassen und damit auch nach niederem, mittlerem und höherem Dienst. Sobald dieser in den nächsten Tagen eingehende Bericht herauskommt, werde ich ihn dem hohen Hause vorlegen, weil er außerordentlich wichtig und interessant ist.

Einen dunklen Punkt bildet nach wie vor die Beschaffung des Hausrats, der notwendigsten Textilien sowie vor allem der Öfen. Die Öfenfrage ist, man könnte fast sagen, eine politische Frage geworden; denn das gemeinschaftliche Kochen auf einem Herd fördert die Unzufriedenheit und damit die Radikalisierung der Anschauungen außerordentlich. Aber auch da ist es wieder so, daß man die notwendigsten Bleche und Eisenteile nur aus der britischen Zone gegen Kompensationen bekommen kann, die das Land heute bei der strengen Erfassung der Lebensmittel nicht mehr leisten kann.

Ich will noch erwähnen, daß alle deutschen Flüchtlingsverwaltungen sich auf Grund des seinerzeitigen Beschlusses der Ministerpräsidenten in München zu einer großen Arbeitsgemeinschaft zusammengeslossen haben und alle sechs Wochen in einem anderen Lande zusammenkommen, um die allgemeinen Fragen und die Sorgen der Flüchtlingsverwaltungen zu besprechen und auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Eine sehr gute Zusammenarbeit, man darf vielleicht sagen, die erfreulichste Zusammenarbeit hat auch hier wieder zwischen den amerikanischen Stellen und uns stattgefunden. Reibungen finden eigentlich überhaupt nicht statt, sondern es herrscht ein vollständiges gegenseitiges Verstehen. Ich sage das ohne jede Liebedienerei, nur der Wahrheit entsprechend.

Nun, meine Damen und Herren, darf ich Sie noch bitten, auch meinen Bericht zu lesen. Ich weiß zwar, was die Herren Abgeordneten an Drucksachen bekommen, es verlohnt sich aber wirklich — er ist sehr knapp, so kurz wie möglich gefaßt und übersichtlich gegliedert —, weil er Ihnen dieses ungeheure Problem, das heute mehr und mehr zum größten, nicht nur deutschen, sondern europäischen Problem sich gestaltet, näherbringt. Da es Ihnen bei der Fülle dessen, was auf Sie sonst einströmt, nicht möglich ist, sich mit den Einzelheiten zu befassen, ist ein solcher Bericht, der sich in wenigen Minuten liest, sehr wichtig und instruktiv. Ich habe ihn mit folgenden Worten geschlossen, die ich vielleicht nochmals vorlesen darf:

(Staatssekretär Jaenicke)

Dieser Bericht ist nüchtern, aber diese Nüchternheit ist erforderlich für die klare Erkenntnis, die am Ende des zweiten Jahres steht: Trotz aller Anstrengung der bayrischen Staatsregierung und der Verwaltung für das Flüchtlingswesen ist eine wirklich befriedigende Lösung dieses Problems, das in solchem Ausmaß in der Menschengeschichte noch nie dagewesen ist, weder mit den Mitteln Bayerns noch eines anderen deutschen Landes, sondern nur mit einer großzügigen Unterstützung der Vereinten Nationen möglich.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, sagen zu dürfen, daß die Vereinten Nationen diese Hilfe nicht versagen können, wenn anders ihr Kampf gegen das unmenschliche Hitlerregime einen Sinn haben soll.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch auf ein geschichtliches Faktum hinweisen. Wir haben seit der Völkerwanderung im Jahre 400 n. Chr. überhaupt nichts gehabt, was sich annähernd damit vergleichen ließe, was sich jetzt in der Welt an herumgeschleuderten Menschenchicksalen zusammengeballt hat, aber wir haben im Jahre 1923 eine Erscheinung gehabt, die wenigstens einigermaßen, wenn auch in weit geringerem Umfang mit den heutigen Dingen sich vergleichen läßt. Es war das die Überführung von eineinhalb Millionen Griechen aus Kleinasien in ihre griechische Heimat. Damals haben sich 52 Nationen der Welt zusammenschließen müssen, um diese Aufgabe zu lösen, und man hat eine Anleihe von 300 Millionen Goldfranken gegeben. In einem Land mit ewiger Sonne, wo die Beschaffung der Baumaterialien bei den leichten Häusern überhaupt keine Schwierigkeiten macht, wo die Leute mit ihrem gesamten Hab und Gut aus Kleinasien herüberkamen, wo das Land selbst sich im Frieden befand, hat es sechs Jahre — bis 1929 — der vereinten Anstrengungen der ganzen Welt bedurft, um dieses Problem einigermaßen zu lösen.

Ich möchte mir daher erlauben, anschließend noch folgenden in unser Geschick hineinreichenden Gedankengang vorzutragen: Hätte unser deutsches Vaterland in dem fürchterlichen Zustand, in dem es sich heute politisch, wirtschaftlich, finanziell, wohnraum- und ernährungsmäßig befindet, überhaupt kein Flüchtlingsproblem, so wäre es schon eine ungeheuerliche Aufgabe, das Land wieder in normale und gesunde Verhältnisse zurückzuführen. Hätte das Deutschland von 1918 bei seinem, verglichen mit unseren jetzigen Verhältnissen, wunderbaren Zustand, mit seinem unzerstörten Gebiet, seinem intakten Eisenbahnnetz, mit seinem tadellosen Verwaltungsapparat und seiner unzerstörten Wirtschaft plötzlich 14 Millionen Flüchtlinge aufnehmen müssen, so wäre das auch eine ungeheure Aufgabe gewesen. Heute aber treffen diese beiden Aufgaben zusammen! Ich empfinde täglich aufs neue die Ungeheuerlichkeit der Größe und der Nachniedagewesenheit dieser Aufgabe: 14 Millionen Menschen brechen in ein Land ein, die nichts besitzen, in ein Land mit zerstörter Wirtschaft, geviertelt in vier nach verschiedenen Verwaltungsprinzipien arbeitende Besatzungsgebiete ohne ausreichende Nahrung, in ein Land mit der beispiellosen Zerstörung fast aller Großstädte. Was aber das am stärksten verändernde Moment gegenüber 1918 ist, ist das Fehlen der Gebiete, die unsere Ernährung zum großen Teil sicherten und die uns das Grundelement lieferten, ohne das

keine Wirtschaft leben kann: die Kohle. Byrnes, Marshall, Bevin haben wiederholt betont, und es kann nach dem Wortlaut des Potsdamer Vertrags keinem Zweifel unterliegen, daß die Grenzen Ostdeutschlands erst im Friedensvertrag festgesetzt werden sollen. Ich will nicht davon sprechen, daß diese Gebiete seit über 700 Jahren tiefstes deutsches Kulturgut bilden, daß sie mit dem Schweiß süd- und mittel-deutscher Menschen, aus Bayern und Schwaben und aus Thüringen ohne Schwertschlag geschaffen worden sind, ich will nicht davon sprechen, weil ich glaube, daß Sentiments in der Außenpolitik keine Anerkennung finden, und der große Verderber Hitler sie niemals gekannt hat, aber ich weiß auch, daß nüchterne Wirtschaftlichkeit die beste Grundlage für einen dauernden Frieden ist.

Darum stelle ich die Frage: Wissen Sie, was unsere Flüchtlinge aus diesen Gebieten verloren haben? Wissen wir, die wir einen täglichen Kampf um 5 Gramm Fett führen müssen, was wir verloren haben, und wissen die Alliierten und die große Welt drüben, die tagen, tagaus ihre Freiheitsschiffe mit Lebensmitteln nach Europa schickt und deren Steuerzahler Milliarden aufbringen müssen, was auch sie verloren haben?

Nüchterne Zahlen mögen auf diese Frage antworten. Ich habe dort am Rednerpult eine kleine Karte anbringen lassen, die in ihrem oberen Teil das sogenannte Ostoderland zeigt, alsointerpommern, Brandenburg und Westpreußen sowie einen Teil Schlesiens, also die Gebiete, die jetzt unter polnischer Verwaltung stehen. Nicht imbegriffen in den Zahlen, die ich Ihnen jetzt geben werde, ist das Gebiet von Ostpreußen. Das ist sehr wichtig, weil Ostpreußen auch eine außerordentliche Menge von Lebensmitteln geliefert hat. Nun hören Sie, was dieses kleine Ostoderland, der obere Fleck, den Sie sehen, mit 2,2 Millionen Menschen an Lebensmitteln in die Westzone liefern könnte, nachdem das Land selbst seine Bedürfnisse befriedigt hatte. Die Zahlen, die ich Ihnen hier gebe, sind unanfechtbar. Ich bringe nichts, was irgendwie bezweifelt werden kann. Grundlage ist eine Kalorienzahl von 2860, der sogenannte Potsdamer Wert, der bei uns heute kaum zur Hälfte erreicht wird. Das kleine Ostoderland mit 2,2 Millionen Menschen hat nach Abzug des Eigenverbrauchs einen Überschuß von 765 000 Tonnen Brotgetreide für 5,5 Millionen Menschen geliefert. Wenn Sie das umrechnen auf die 90. Periode in der britischen Zone, so ist das heute für 11½ Millionen Menschen Brotgetreide. Grundlage meiner Zahlen ist der Durchschnitt der Jahre 1933 bis 1937.

Ich fahre fort mit den Kartoffeln: Nach Abzug des Eigenverbrauchs hatte Ostoderland einen Überschuß von 2,7 Millionen Tonnen, das heißt bei 2860 Kalorien die Menge für 12,4 Millionen Menschen, nach der 90. Periode für die britische Zone für über 50 Millionen Menschen. Während die Westzone eine Eigenerzeugung von 587 Kilogramm Kartoffeln je Kopf der Bevölkerung im Jahr hatte, hatte dieses Ostoderland 2900 Kilogramm Eigenerzeugung. Dazu kam, daß 60 Prozent der gesamten deutschen Saatkartoffelzucht sich im Ostoderland befanden, eine Monopolstellung in Saatkartoffeln nicht nur in Europa sondern in der ganzen Welt. Schafe kamen auf 100 Einwohner 24 Stück gegenüber 5 Stück in der Westzone. Und eine beispiellose Erscheinung

(Staatssekretär Saenicke)

auch für Europa: Auf 100 Einwohner kamen 94 Schweine, das heißt bei 2,2 Millionen Einwohnern wurden in den Jahren 1934 bis 1937 2 108 000 Schweine je Jahr im Ostoderland gezüchtet. An Butter und Fett wurde dementsprechend ein Überschuß von 56 444 Tonnen für 3,3 Millionen Menschen, immer gerechnet mit der Kalorienzahl von 2860, geliefert.

Und nun noch etwas, was für uns in Bayern besondere Bedeutung hat: Holz. Wir haben in Bayern in Friedenszeiten für 1 Million Festmeter Kuchholz verbraucht. In Friedenszeiten! Ostoderland ist nach Abzug seines Eigenbedarfs in der Lage gewesen, an Grubenholz 1 Million Festmeter zu liefern und an rohem und verarbeitetem Kuchholz 1,8 Millionen Festmeter. Ohne Brennholz!

(Dr. Hundhammer: Als Überschuß?)

— Als Überschuß! Das alles ist geschaffen worden von einer Bevölkerung — auch das will ich erwähnen —, die mit 2 237 000 Menschen bei der Volkszählung von 1933 nur Deutsch als ihre Muttersprache angegeben hat, während im ganzen nur 12 548 Menschen, das sind 0,56 Prozent, in den Grenzgebieten sich nicht ausschließlich zu Deutsch bekamen.

(Hört, hört!)

Ich möchte noch einen Gedanken zum Ausdruck bringen. Es ist ein Verbrechen und ein Zeichen von bössartiger Dummheit, wenn heute die Leute sagen, wir haben unter Hitler mehr zu essen gehabt. Sowohl! Aber damals hatten wir diese Gebiete noch, und Hitler ist schuld, daß wir sie jetzt nicht mehr haben.

(Sehr richtig!)

Es ist aber heute so, daß man immer wieder, und zwar nicht immer nur von ungebildeten Leuten solche Vergleiche hört, und dem muß aufs schärfste entgegengetreten werden.

Ich habe etwas zu erwähnen vergessen, was vielleicht die Herren, die Jäger sind, interessiert. Das kleine Ostoderland hat jährlich 1200 Tonnen Wildbret geliefert!

Neben Ostoderland tritt nun als zweites Gebiet, das uns sonst mitversorgt hat, Schlesien. Ich kann mich hier kurz auf fünf Zahlen beschränken. Nach der 90. Lebensmittelversorgung in der englischen Zone ist dieses Land in der Lage zu liefern: Brot für 16,2 Millionen Menschen, Kartoffeln für 31,7 Millionen, Zucker für 35,7 Millionen, Fleisch für 48,5 Millionen und Speck und Öl für 24 Millionen Menschen; Grubenholz allein für das gesamte Ruhrgebiet! Die Folgerungen aus diesen Zahlen kann sich jeder selbst ziehen.

Die ganze Frage der Ostgebiete ist nicht nur eine deutsche Frage, sie ist auch nicht etwa nur eine europäische Frage, sondern sie ist die Kernfrage einer zukünftigen Friedenspolitik überhaupt, nicht bloß für uns, sondern auch für unsere östlichen Nachbarn, mit denen wir doch in Frieden leben wollen. Ich weiß sehr wohl, was Polen gelitten hat, was dieses unglückliche Land gerade durch das Naziregime gelitten hat. Aber das Ziehen einer vernünftigen Grenze ist ebenso im Interesse unserer östlichen Nachbarn, mit denen wir in Frieden leben wollen, wichtig wie für Deutschland selbst und vor allen Dingen für Süddeutschland, das mit einemmal der einzige Ernährer Deutschlands werden soll und es nicht kann, wie uns die Gegenwart zeigt.

(Sehr gut!)

Gestatten Sie mir noch ein Wort zu dem Verhältnis zwischen Einheimischen und Flüchtlingen! Ich weiß, daß die ablehnende Einstellung vieler zum Flüchtlingsproblem nicht auf Mangel an Herz oder auf Unverständnis beruht, sondern daß sie vielmehr zwei Grundursachen hat, einmal einen gewissen Mangel an Phantasie, sich wirklich in die Lage eines anderen Menschen zu versetzen, und zweitens den Umstand, daß wir in einer Zeit leben, wo fast in jeder Familie Sorge und Kummer herrschen und der Kampf um das tägliche Brot den Menschen so verzehrt, daß er die Fähigkeit verliert, sich mit fremdem Leid zu beschäftigen. Ich möchte zur Anregung der Phantasie folgendes Beispiel geben. Hätten die Alliierten unter den Siegermächten Italien gehabt und hätte ein Vertrag Italien die Verwaltung Süddeutschlands in die Hand gegeben und hätte diese Verwaltung dazu geführt, daß fast die ganze Bevölkerung Süddeutschlands ausgewiesen worden wäre und sich ohne Hab und Gut auf die Wanderung nördlich des Mains begeben mußte, dann würde gerade in einem Land mit der tiefen Liebe zur Heimat wie hier verstanden werden, was sich im Herzen dieser Menschen abspielt, die dieses Geschick tatsächlich gehabt haben. Deshalb ist es auch falsch, zu verallgemeinern, bei den Flüchtlingen sowohl wie bei den Einheimischen. Wir dürfen nicht vergessen: es ist ein Volk zu einem Volk gestoßen, und in jedem Volk gibt es gute und schlechte Menschen, gerechte und ungerechte.

(Sehr richtig!)

Es gibt Flüchtlinge, die sich schlecht benehmen, und es gibt Gastgeber, die sich gegen die Flüchtlinge schlecht benehmen. Es gibt Einheimische, die den Flüchtlingen den Zutritt zur Küche, zum Klosett, zur Waschküche verweigern, es gibt aber auch Flüchtlinge, die manchmal nicht das tun, was der Fakt ihnen zu tun gebietet. Man muß deshalb hervorheben, daß es Tausende und Abertausende von Fällen echter Hilfsbereitschaft gibt und daß gerade unsere karitativen Verbände Außerordentliches geleistet haben. Jedenfalls sehe ich es immer wieder als meine Hauptaufgabe an, eine Brücke zu schlagen zwischen Einheimischen und Flüchtlingen.

Wenn nun die Ausgewiesenen auch ohne materielle Güter gekommen sind, so haben sie doch etwas mitgebracht, was für unser Land von größter Wichtigkeit ist, nämlich ihren unauslöschlichen Willen zur Leistung, ihren Kopf und ihre Fähigkeiten. Wenn Sie die Betriebe sehen würden — ich beabsichtige, eine Einladung an die Fraktionen des Landtags zu richten, die mir gestattet, Ihnen einmal solche Betriebe zu zeigen —, dann würden Sie verstehen, daß diese Flüchtlinge tatsächlich manchmal mehr mitgemacht haben, als es nach außen scheint. Es ist oft geradezu genial, wie sie aus dem Nichts in den wenigen Monaten lebensfähige Betriebe geschaffen haben, die uns heute schon erhebliche Einnahmen bringen. So hat Kaufbeuren, allein dieser eine Kreis, durch die Gabelonzer Industrie eine Monatsleistung von mehreren Millionen Mark. Wir haben heute in Bayern die größte Strumpffabrik des Kontinents, die täglich 2000 Paar Damenstrümpfe herstellt, wir haben die größte Knopffabrik Deutschlands, wir haben die einzige Fabrik, die Zeichenmaterialien aus Zelluloid herstellt. Sie werden im Juni dieses Jahres auf einer großen Ausstellung von ganz Bayern hier in München sehen, was die Flüchtlinge für dieses Land bedeuten.

(Staatssekretär Jaenicke)

Es gibt aber daneben doch noch eine unendlich große Anzahl von Menschen, die in der größten materiellen Not, besonders an Kleidung und Hausrat, aber auch an Geld leben. Wir werden unbedingt darauf achten müssen, daß bei einer Währungsreform diese Lage der Flüchtlinge berücksichtigt wird. Man kann die Flüchtlinge bei einer Währungsreform den anderen nicht völlig gleichstellen. Das wäre eine himmelschreiende Ungerechtigkeit und würde zu unabsehbaren Folgen führen.

Ebenso wichtig aber ist es, daß durch Verständnis und Menschenliebe nicht nur die materielle, sondern auch die seelische Not gelindert wird, in der sich diese Hunderttausende befinden. Anders als die Evakuierten, die immer noch ihre Heimat im Hintergrund haben, anders auch als die Ausgebombten, die trotz Verlustes ihrer Habe doch noch die Beziehungen zu den Menschen besitzen, haben die Flüchtlinge das verloren, was ihnen niemand in der Welt ersetzen kann, nämlich ihre Heimat. Bayern ist das deutsche Land, das die meisten Heimatlieder hat. Es gibt keine schönere und ausgeprägtere Eigenschaft des bayerischen Volkes als seine tiefe Heimatliebe. Gestatten Sie mir also, an diese Heimatliebe anzuknüpfen und hier einmal im Parlament auch die Lyrik ein wenig zu Wort kommen zu lassen! Auf die Frage: Was ist die Heimat? darf ich Ihnen so die Antwort geben, die ein deutscher Dichter vor über hundert Jahren niedergeschrieben hat. Heimat ist:

Wo das erste Menschengesicht sich liebend über
deine Wiege neigte,
Wo deine Mutter dich zuerst mit Freuden auf
dem Schoße trug,
Und dein Vater dir die Lehren der Weisheit
und des Christentums ins Herz grub,
Da ist deine Liebe, da ist dein Heimatland!
Und seien es kahle Felsen und öde Inseln,
Und wohne Armut und Mühe dort mit dir,
Du mußt das Land ewig lieb haben;
Denn du bist ein Mensch —

Denn du bist ein Mensch! Das ist das Alpha und Omega des Flüchtlingsproblems. Wir müssen dieses Problem zu lösen versuchen, soweit wir es können, rein von der menschlichen Seite, nicht von irgendeiner Parteipolitik aus. Wenn wir es von der menschlichen

Seite aus lösen, so lösen wir es auch von der staatspolitischen Seite aus: Denn das Ziel der Staatspolitik ist schließlich das Wohlergehen des Menschen. Da möchte ich auch für eine kommende Zeit einmal hier im Landtag aussprechen: Wer wie ich tagaus, tagein Tausende von menschlichen Schicksalen sieht, von denen ein einziges in früheren Zeiten einen aufsehenerregenden Roman gebildet hätte, muß zu dem Urteil gelangen: Es ist bewundernswürdig, wie diese Menschen, die in gut bürgerlichen Verhältnissen lebten oder die zum Teil einen ganz besonders hohen Lebensstandard gehabt haben, heute ihr Geschick tragen und versuchen, aus dem Elend ihrer Lage das Beste zu machen, es ungebeugt und immer wieder neu versuchen. Diese Erscheinung gibt uns auch wieder einen Hoffnungstrahl; denn sie zeigt, daß selbst das Gift von zwölf Jahren nicht vermocht hat, den gesunden Kern unseres Volkes zu zerstören. Wir müssen nur dafür sorgen, daß diese Haltung der Flüchtlinge eine helfende Hand findet, sonst muß sie in Verbitterung und Verzweiflung und zuletzt in Radikalismus umschlagen.

So komme ich am Schluß meiner Ausführung zu folgendem Ergebnis: Drei Aufgaben liegen vor uns. Die erste, daß wir selbst mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften versuchen, dieses an sich unlösbare Problem zu lösen. Zweitens, daß wir uns an die Vereinten Nationen wenden, und zwar nicht in Form einer Frage, sondern so, daß wir jederzeit bereit sind, ihnen ganz bestimmte, klare und durchführbare Vorschläge darüber zu machen, wie zu helfen ist. Drittens müssen wir unermüdet betonen und an die Alliierten die Bitte richten, daß sie uns Grenzen geben, die es uns ermöglichen, zu leben und die notwendige Nahrung zu gewinnen, und daß sie all denen, die bereit sind, sofort wieder in ihre Heimat zurückzugehen, ihre Heimat wieder geben und damit unser eigenes Land hier entlasten.

I. Vizepräsident: Hohes Haus! Es ist an mich erneut der Wunsch herangetragen worden, morgen keine Sitzung zu halten; es soll vielmehr die Flüchtlingsdebatte in einem Zug stattfinden. Das würde voraussetzen, daß die nächste Sitzung am Mittwoch um 9 Uhr mit der Flüchtlingsdebatte beginnt. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, ist es so beschlossen.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung um 18 Uhr 10 Minuten.)

